

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abohnmenskosten pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 M., für 2 Monate 1,20 M., für 1 Monat 60 Pf. ezzl. Bestellgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden bis 5 geschaffene Zeitzeile über deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Krieg in Sicht!

* Leipzig, 21. April.

Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien ist also sicher.

Die spanische Kolonialwirtschaft, die unerträgliche wirtschaftliche Vergewaltigung und Auspouverung hat den cubanischen Aufstand hervorgerufen.

Seit 1868, also vor 30 Jahren, sind 18 Jahre durch Befreiungskämpfe unterbrochen oder ganz ausgefüllt. Die Auseinandersetzung von 1868 ließ das Land zehn Jahre lang nicht zur Ruhe kommen. Nach 1878 war die Verbesserung immer nur eine äußerliche, wie das zeitweise Wiederauftreten der Unabhängigkeitbewegung zeigt. Seit Anfang 1895 haben wir abermals die offene Empörung, die selbst ein moralisches Scheusal, wie General Weyler, trotz seiner mehr wie 200000 Soldaten und seiner Verwüstungs- und Aushungertaktik nicht mehr zu dämpfen im Stande war.

Die bisherige spanische Kolonialpolitik ist nicht bloß für Cuba, sondern auch für die Vereinigten Staaten selber von größtem Nachteil gewesen. Man hat in Madrid Cuba jede wirkliche Selbstregierung verweigert. Seit 1881 dürfen zwar eine Handvoll cubanischer Senatoren und Deputierte an den parlamentarischen Verhandlungen der Heimat teilnehmen; sie bilden jedoch eine verschwindende Minderheit gegen die spanischen Vertreter.

Die Chancen zum Eingreifen sind, so fürchten wir am 21. März, also für die Vereinigten Staaten nicht ungünstig. Die Lust dazu war durch die neue Explosion in weitesten Kreisen zu einem leidenschaftlichen Verlangen angewachsen. Man wollte die gefährdeten großen Interessen amerikanischen Kapitals in Cuba retten, man wollte den alten lohnenden Export vorhin wieder gewinnen, man wollte ein neues reicheres Abfahrtfeld für Kapital und Waren dort schaffen. Die Besonneneren freilich dachten nicht an Krieg und Invasion, sondern an die Unabhängigkeit Cuba — eine durch Loskauf unter Garantie der dazu notwendigen Anleihe durch die Union — und an eine unbestimmt spätere Vorherrschaft der Unionssinteressen auf der naheliegenden ausgedehnten Insel, deren ganze Lage ja auf die engste Füllung mit dem nordamerikanischen Kontinent und vor allem mit den östlichen Industriestaaten der Union hinweist.

Nun wird die Waffengewalt entscheiden zwischen den Yankees, den geriebenen Geschäftsmännern jenseits des großen Wassers, und den Nachkommen der alten Konquistadoren, die einst Amerika räuberisch an sich gerissen und es als Feudalabenteuer ausgeplündert haben.

Nicht die große Masse des spanischen Volkes ist es, das den Krieg will. Das werthältige Volk verflucht unter dem furchtbaren Druck eines chronischen Elendes, unter der brutalen Wirtschaft des herrschenden Klüngels, der mit den Folterquallen von

Montjuich und mit Hinterladern die Hungernden und Verzweifelnden niederkirbt, der in den Kolonien herrscht, einsichtlos nur für seine Sippeninteressen, seine Vereicherung, seine Prunk und Pläne wirtschaftet.

Die Nutznießer der spanischen Kolonialpolitik sind es, die sich gegen die Aufgabe, gegen die Selbstständigkeit Cubas wehren, die, um die Beute nicht Jahren zu lassen, die furchtbare Gefahr eines blutigen Krieges herausbeschwören, dessen Wirkungen unübersehbar sind.

Spanien steht am Rande des Staatsbankrots, seine Mittel sind erschöpft, und Uncle Sam (die Vereinigten Staaten) ist Herr über gewaltige Finanzkräfte, er führt den Krieg mit den Mitteln der modernen Technik, die ihm der allmächtige Dollar spielerisch leicht verschafft.

Hier die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, ein dichtmaschiges, den ganzen Kontinent überspannendes Eisenbahnnetz; ein Schiffsvorlehr ersten Ranges, dort ein geschwächtes und durch die inneren Zustände demoralisiertes und entmilitärisches Heer, decimiert durch die Siebenlust Cuba, hier die Geschlossenheit eines starken Gemeinwesens, dort die zerfallene absolutistische Monarchie mit Cuba und den rebellischen Philippinen, von denen die Yankees nicht als Feinde werden aufgenommen werden.

Der Kampf um Cuba ist für die Vereinigten Staaten eine wirtschaftspolitische Spekulation, die nicht auf der New Yorker Börse, sondern auf offener See mit Panzern und Kreuzern zu Ende geführt wird.

„Sieben Achte!“ — „Samten auswärtigen Schuld Spaniens zu tragen.“ — „Pande selbst untergebracht. Wäre von den Extern...“ — „Eine Milliarde im Auslande, dann würde eine Niederkunft von der spanischen Regierung rücksichtslos gegen die ausländischen Elitären ausgenutzt werden.“

Ein unglücklicher Krieg führt aber sicher zur Einstellung der vierprozentigen Verzinsung in Gold. Heute haben die spanischen Papiere einen Kurs von 42. Ein Versuch, in den letzten Wochen in Paris Gold zu erhalten, ist mißlungen.

Die schwedende Schuld Spaniens beträgt etwa 800 Millionen Pesetas. Die Bank, so schreibt der Oberlehrer der Zukunft, kann nur die Notenpreise abwerfen lassen; und da sie für den allgemeinen Goldumsatz noch für 450 Millionen Pesetas Noten ausgegeben hat, die mit höchstens 350 Millionen in Gold gedeckt sind, so ist die schnell rießig angewachsene Notenschuld des Staates ohne jede Garde bedeckt. Dieser Zustand findet den richtigen Ausdruck in einem Goldstück von etwa 44 Proz.

„Auch war es aber bisher nicht schwer, im Laufe selbst das Papiergele anzubringen, so daß die Rüstungsaufträge mühelos ausgeführt werden konnten. Und bei Bestellungen im Auslande bezahlte man eben für Objekte, die Amerika für 100000 Dollars kaufte, bis zu 150000 Dollars. Mehr als das große Angio macht also die Differenz nicht aus. Schmerzlich ist allerdings die Pflicht sofortiger Bezahlung; das merkt man am Kurs von Chad-Paris in Berlin, als von Barcelona aus zwei große Schnell dampfer der Hamburg-Amerika

linie angelangt wurden. Ob dieser Verkauf für die Schiederei vorteilhaft war, werden die klugen Hamburger sich wohl ausschließen. Für den Handel sind solche Schlüsselverkäufe nicht unbedenklich. Spanien ist der Konvention gegen das Kaperecht nicht beigetreten. Die Deutschen aber, deren Waren heute auf allen Meeren schwimmen, haben das größte Interesse daran, dem Kapereiung ein Ende bereitet zu sehen, und deutsche Schiedereien sollten deshalb zu solchen Zwecken keine Schiffe verlassen. Unsere Regierung, die erfolgreich damit beschäftigt war, von den Bodencredithalten eine halbe Million für die abgebrannte National-Hypotheken-Kreditgesellschaft in Stettin zu erbitten, blieb wahrscheinlich keine Zeit, sich um unbedeutende Dinge wie spanische Schiffsbankäuse und Kaperverbote zu kümmern.“

Die Zahlungsfähigkeit der Yankees gegen die Zahlungsunfähigkeit der Hidalgos, die im Inneren ein bis auf den letzten Blutsdropfen ausgezögnes und brutal unterdrücktes Proletariat als ewige Drohung schreckt. Die Niederlage Spaniens heißt Revolution in Spanien.

Möglich, daß die Nordamerikaner zuerst nicht mit Erfolgen zu rechnen haben werden: Ihre Bähigkeit und ihre Machtmittel werden auf die Dauer entscheiden. Wer sich erinnert, was die Nordstaaten 1861—1864 im Sezessionskrieg gegen die Südstaaten geleistet, wie sie ihre Kriegskunst im Kampfe verwolltommnet haben, wird die militärischen Aussichten des Großstaates mit dem Milizheer nicht unterschätzen.

Zu wünschen ist, daß der Krieg nun unvermeidlich ist, daß er so rasch wie möglich geführt werde. Durchbare Opfer sind vorab an die Weise zu bringen, wirtschaftliche Säderungen rücksichtslos gegen die ausländischen Elitären ausgenutzt werden.

Gefolge der eingesetzten Kriegshurie gehen.

Da, wo die unerlässliche Weltpolitik als „Evangelium“ wird, möge man sich die Segnungen der Überseei-

obertagspolitik vor Augen führen.

Vernetzt, ihr seid gewornt!

Politische Übersicht.

Kritische Betrachtungen zum Prozeß Sol veröffentlich in der Deutschen Juristenzeitung der Strafrechtslehrer Geheimer Justizrat Professor Dr. v. Döring in Göttingen, der von 1890—1898 dem Reichstag als Mitglied der freisinnigen Fraktion angehört hat.

Der untersucht mit sachkundiger Peinlichkeit die Entstehungsgeschichte und das Wesen des Prozesses. Seine Darlegungen sind eine wichtige Kritik der in diesem Prozesse gebildeten Justiz.

Da heißt es u. a.:

Wer Ungerechtigkeiten wahrnimmt, wird leicht dazu hingerissen, davon mehr zu behaupten, als der strengen Wahrheit entspricht. Er ist dann nicht völlig entschuldigt; aber seine Strafe muss entsprechend herabgesetzt werden. Die absolute Beschränkung des Beweises auf eine einzelne, seitens der Anklage beständig herausgerissene Behauptung entspricht daher nicht der Gerechtigkeit. Zum mindesten

Seuilleton.

ausdruck verboten.

Rheinlandschöter.

Roman von G. Blobig.

„Du weißt es auch nicht,“ fuhr Frau Namer fort, „weißt es nicht — oh — oh — oh —!“ Mit einem Wehklaut wischte sie zurück. „Er ist fort, weit fort! Nun zeigen sie mit Fingern auf uns — sie werfen uns mit Steinen — sie reißen Dir Deinen Rock ab — nein, nein!“

Mit jammernndem Aufruhr fuhr sie von neuem auf den Sohn los, umklammerte ihn mit beiden Armen.

„Sie sollen Dir nichts thun, ich will es nicht haben — das! — sie riss das Spiegelhäubchen vom Kopf und schleuderte es zur Erde — „da habt Ihr meine Krone! — Weine nicht, weine nicht, mein Junge! Mein kleiner Ferdinand — et, et —“ sie schmiegte ihre Wangen an ihn und spitzte den Mund zum Kuß — „so ein lieber, kleiner Junge, warum wird er denn weinen? Er liegt ja in seinem schönen Bett — seine Mama ist bei ihm — et et — et — et — et — et —“

„Mutter!“

Es war der markenschitternde Aufruhr eines gequälten Herzens, der jetzt durch die Stube gelte; der Sohn taumelte zurück an die Wand, das Gesicht mit beiden Händen bedeckend.

Die Wärterin, die bis dahin teilnahmslos umhergewirtschaftet hatte, schaute auf.

„Hm, hm — sie langte nach der beiseite geworfenen Tüte und dem Beischenkraut — „da, Majestät,

das hat Ihnen der Herr Lieutenant mitgebracht. Du freuen Dich aber, gelt?“

Die Wahnsinnige klatschte in die Hände und lachte vergnügt; mit glierigen Fingern riss sie die Tüte auf und stopfte hastig ein Stück Kuchen nach dem anderen in den Mund. Mitten im Kauen hielt sie inne und zogte nach der Wand: — „Was will der fremde Mann da? — fort! fort!“ Die Tüte ängstlich an sich drückend, kauerte sie sich ganz in der Fensterische zusammen. — „Er soll weg — da — der weg — weg!“

„Aber“ — Frau Müller zog die sich sträubende aus der Ecke — „es ist ja der Herr Lieutenant, Ihr Sohn — Majestät, & was, sein Se doch nicht so toll!“

„Nein, nein!“ Die Kranke wimmerte wie ein Kind — „den kenne ich nicht — der nimmt mir alles — weg, weg! Er soll gehen!“

„Mutter, ich bin es — liebe Mutter — Ferdinand, Dein Sohn!“

„Nein, weg — nein!“ Sie verzogte sich zitternd hinter die Wärterin.

Diese flüsterte:

„Gehen Sie nur, Herr Lieutenant! Ja, gehen Se, sie ist jetzt sehr aufgeregt, da ist nix zu machen!“

Wie ein Trunkener schwankte der Sohn zum Zimmer hinaus, an der Thür wandte er sich noch einmal um.

Da war das vergitterte Fenster, hellbeleuchtet der zusammengekümme Körper der Mutter und die stämmige Gestalt der Wärterin mit dem groben, fühllosen Gesicht. Seine Beilchen lagen am Boden verstreut, dazwischen die Blumen des freundlichen Kindes — sie hatten kein Glück gebracht.

VII.

Über den Rhein wehen lange Blätter, der Ehrenbreitstein glänzt goldgelb im Sonnenchein. In den Wällen am Astenstein und drüben an der Karthause blühen die Beilchen blau, massenhaft; der süße Geruch steigt der Schildwache in die Nase, die droben drehend auf und ab schreitet. Der Gewehrlauf blitzt in der hellen Lust — wohin der Blick schweift, alles klar, heiter, freundlich. Der graue Klumpen der inneren Stadt mit den schwarzblauen Schieferhäusern — die Firma, der Markt, die Löhrstraße, der Entenfuß — alles sieht verklärt aus. Und draußen um die Wälle im Glacis blühen schon Pfirsichblüten, und die Stachelpfeife umspinnt sich mit erstem Grün. In den Rheinanlagen sitzen die Umläufer; wer eine neue Toilette hat, führt sie spazieren. Frühlingszauber — Osterlocken!

Fraulein Aurora Blanke saß in ihrer Jungfernwohnung, herb blickend, süß häuslich wie ein Einmachtopf Essigpflaumen. Es war wunderhübsch still und ruhig um sie; die Stube so aufgeräumt und sauber, der Gedanke an Staub schon Blasphemie. Man sah, hier trippelten kleine Kinderfüße, auch kein Cigarrendampf verräucherte die weißen Mussgardinen. Alles tabelllos.

Tadellos auch die herbe Jungfrau im schwarzen Wollkleid mit dem blendend weißen Umhangkragen und ditz Mäntchen. Wie Pythia auf dem Dreifuß saß sie auf dem gestickten Sessel vor ihrem Nähtisch; dahinter ein Epheuwand, aber der Epheu künstlich — vor ihr ein Vogelbauer, aber das gelbe Tierchen drin ausgestopft. Bewahre, nur kein lebendiges, das warf ja Schmutz durch die Stäbe!

Auf Fräulein Aurora's hoher Stirn lagerte eine Wolke des Unmuts. Heute war Xanes Ridders Hochzeit — sie I. ste.

mühte dem Angeklagten gestaltet werden, jene Behauptungen einigen-
machen wahrscheinlich zu machen. Aber noch mehr. Bola beschuldigt
ausdrücklich das zweite Kriegsgericht, die von dem ersten Kriegs-
gericht begangene Rechtsverletzung geheft zu haben, indem es, wie
er sagt, seinerseits das Rechtsverbrechen begeht, einen Schuldigen
(Esterhazy) frei zu sprechen. In diesem Sache ist die gegen das
zweite Kriegsgericht erhobene Beschuldigung in der Art mit den-
jenigen, die gegen das erste Kriegsgericht gerichtet ist, zusammen-
gezogen und verschlossen, daß es nicht wohl möglich ist, die gegen das
zweite Kriegsgericht gerichtete Beschuldigung zu verfechten und
zu widerlegen, ohne zugleich einzugehen auf jene gegen das erste
Kriegsgericht gerichtete Beschuldigung. Bola hat also seine Worte,
ungetreut er nicht Jurist ist, sehr gut zu sezen verstanden, und die
Beschränkung der Verteilung lediglich auf das Verfahren des
zweiten Kriegsgerichtes, wie solche durch die Beschlüsse des Gerichts-
hofes erwungen wurde, stellt sich daher als eine Verleugnung
eines Grundes des Strafprozeßrechtes dar.

Der Gerichtshof hat ohne weiteres den Beweis über die be-
hauptete Unrechtmäßigkeit des Verfahrens abgeschritten, aufwährend
auch aus dem Grunde, daß das frühere Verfahren gegen Dreyfus
ein geheimes war... Da die Verteilung auch in dieser Richtung
formelle Anträge gestellt hat, so scheint es in dem Kassationsgeschehe
an einem zweiten Grunde gesetzlicher Beschränkung
der Bezeugungsmeinung nicht zu fehlen.

Es ist notwendig, noch einen juristischen Punkt zu berühren,
dessen Behandlung in dem Bola-Prozeß in der deutschen Presse
Befremden erregt hat: die weitgehende Befreiung der vor der
Verteilung vorgeschlagenen Zeugen von der Verpflichtung zur
Zeugnisablage. Man hat die Zeugen oft nur befragt, ob sie aus-
sagen wollten, und wenn sie die Frage vernommen, hat man sich
seitens des Gerichtes einfach dabei beruhigt. In der Art un-
gewöhnlich, wie man vielleicht in Deutschland gemeint hat, ist dieses
Verfahren nach französischem Rechte nicht. Der französische Code
d'Instruction criminelle, Art. 80, 304, enthält über die Befreiungs-
gründe von Zeugnis (Excuse) überhaupt keine ausdrückliche Be-
stimmung; die Anerkennung gewisser Befreiungsgründe beruht allein
auf der Jurisprudenz (Praxis), und eben deshalb herrscht tatsächlich
ein sehr weitgehendes richterliches Ermessens, namentlich wohl,
wenn es sich um die Frage handelt, ob der Zeuge gezwungen
werden könne, zu seinem eigenen Nachteil auszusagen. Es kann
daher nicht behauptet werden, daß das Parteilichkeit des Gerichtshofes ohne
weiteres gesprochen werden, weil er in sehr weitgehender Weise
die vorgenommenen Zeugnisverlegerungen reflektiert hat.

Im übrigen wird man jedenfalls nicht unbedingt davon sprechen
können, daß, gesezt es wäre ein ähnlicher Fall, wie der
Fall Dreyfus in Deutschland Gegenstand der öffentlichen
Ergangen geworden, das deutsche Gesetz und die darauf sich
grundende deutsche Praxis der Aufdeckung der Wahrheit voraus-
sichtlich günstiger sein würde, als das französische Gesetz und die
sich daraus gründende Praxis.

Die Prozeß Dreyfus, Esterhazy, Bola lassen die Gefährlichkeit
eines geheimen Strafverfahrens in drastischer Weise erkennen.
Insistenz führt das große Publikum, daß schließlich die legitime und
sicherste Garantie der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit die un-
bedingte Offenlichkeit ist. In der Heimlichkeit des Verfahrens
mag man es mit den Formen weniger streng nehmen, und auf der
Beobachtung der Form ruht die Justiz. Unerträglich deckt die
Offenlichkeit vorgefommene Fehler auf, die man in der Nicht-
Offenlichkeit des Verfahrens mit dem Mantel freundlicher Kollegialität, mit der Notwendigkeit, das „Prestige“ zu wahren,
oder wie man das Ding sonst bezeichnen mag, unbewußt zu verhüllen
geneigt sein mag. Und wenn auch in Wirklichkeit alles vollkommen
korrekt zugegangen, so ist doch die Phantasie leicht geschafft, in dem
Dunkel des nicht öffentlichen Verfahrens den Schatten der Un-
rechtmäßigkeit zu entdecken. Das alles ist noch bedenklicher, wenn das
Gericht ganz oder teilweise aus Personen besteht, die nicht in der
Handhabung der Justiz ihren bauernlichen Lehr...

Berufsschwestern bestehen, in dem Betrachte können diese
nur Vergleich nicht anhalten, daß sie Gerechtigkeit und
dem Gesetz in der schärfsten Weise von anderen Rücken.
Dazu gehört die Charakterbildung durch die aus-
reichende Macht mit der Justiz, eben infolge der Heimlichkeit des Gerichtsverfahrens,
und einer einfachen Justizsache der Streit zwischen
und Staatsinteresse auf der einen Seite, und Ge-
richt, Moral und allgemeine menschliche Kultur auf
der anderen Seite. Ein böser Streit, der den Staat in seinen Grund-
lagen hält, der aber andererseits immerhin Zeugnis ab-
legt v. einem Kern von Gewißheit derjenigen Nation, in der er
noch möglich ist! Die Frage ist schwer zu beantworten, ob es
Rationen gibt, deren kraftvolle, moralische Gewissheit sie unter
allen Umständen vor Konflikten sichert, wie sie der Bola-Prozeß
uns enthüllt.

Eins aber ist sicher, daß die moderne Heimlichkeit, wie
solche in manchen Strafprozessen jetzt gesetzlich ist und beobachtet
wird, den besten Anlaß zu derartigen Konflikten gibt. Wir sagten,
die moderne Heimlichkeit; denn die sogen. Heimlichkeit des früheren
gemeinen Inquisitionsprozesses war im Vergleich zu dieser modernen
Heimlichkeit ein harmloses Ding. Allerdings waren die Gerichts-

„Wenn er nicht bald kommt, muß ich weg, die Ober-
onstorialräte hat mir ihren Kirchenstuhl offeriert — schon
jetzt! Sie lauschte wieder, unruhig, gespannt — da —
rauschen Klingeln es endlich, ein ungeschickter Tritt stolperter
her den Flur — jetzt klopft es.“

„Herein!“ flötete Aurora, ihre Stimme hatte etwas
Idiotisches. Die Thür ging auf, über die Schwelle schob
sich ein junger Mensch. Der Rock war fadenscheinig,
in das blaue jugendliche Gesicht hing das semmelblonde
Haar lang und straff, sanft in der Mitte gescheitelt. Er
wagte nicht die Augen aufzuschlagen. Man witterte den
Pfarramtswandlungen in spät auf zwanzig Schritt.

Fräulein Aurora streckte die Hand aus und lächelte,
daß man den letzten falschen Bahn sah.

„Nun, lieber Heinrich?“

Er wagte es noch einem tiefen Diener stotternd die
Hand zu fassen.

„Ich — ich wollte — mir erlauben — meiner hoch-
verehrten Gnaden — hehe — ein gesegnetes Osterfest zu
wünschen!“

„Danke, dank! Nehmen Sie Platz! Wo waren Sie
denn so lange?“ Es lag ein sanfter Vorwurf in den
Worten. „Ich habe Sie längst erwartet. Nun ruft mich
der Hochzeit — sehr gegen meinen Willen; viel zu
jung, viel zu jung! Bei diesen Kinderehen, was kommt da
raus? Ueberhaupt — wie ich darüber denke —“ Sie
schaute die mageren Schultern und drehte die Augen gen
Himmel. „Freilich, es gibt Ausnahmen,“ sekte sie ein-
mal hinzu und strich dem jungen Menschen die Haare
aus der Stirn — „aber selten, höchst selten!“ Lieber Heinrich,
kommen Sie heute abend wieder und trinken Sie den
Thee bei mir — es ruht sich gut nach stürmischem Tag im
mistedeten Hafen — ach ja!“

(Fortsetzung folgt.)

personen, sowohl es der Gang der Untersuchung zu erfordern schien,
zum Schweigen verpflichtet; aber in Wahrheit wurde es mit diesem
Schweigen nicht sehr streng genommen, und wenn die Untersuchung
meistens zu Ende war, war es mit der Geheimhaltung
fast zu Ende. Man vergleiche damit die Heimlichkeit, wie sie
uns in dem Verfahren der französischen Militärgerichte entsprach,
und man vergleiche damit auch das deutsche Gesetz vom 5. April
1888, betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen mit seinen Straf-
bestimmungen.

Justitia regnum fundamentum (die Gerechtigkeit ist die
Grundlage der Reiche).

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem preußischen Landtag.

H. Berlin, 20. April. Die bereits vor mehreren Monaten
eingebaute Interpellation Szamuł betreffend die ländliche
Arbeiter- und Gesindelnot im Osten beschäftigte heute
das Abgeordnetenhaus. Bekanntlich verlangten die Interpellanten,
daß den polnischen, russischen und galizischen Arbeitern, die
nach den fehligen Vorschriften nur bis zum 15 November in
Preußen bleiben dürfen, das ganze Jahr hindurch der Aus-
halt gestattet wird, damit sie die Höhe ihrer heimischen Ar-
beit noch mehr drücken können, als es jetzt schon der Fall ist.
Dieselben Herren, die sonst bei jeder Gelegenheit das Schlag-
wort vom Schutz der nationalen Arbeit im Munde führen,
zeigen sich da, wo es sich um ihre eigenen Interessen handelt,
sehr wenig national gesinnt.

Die Regierung, die die Beantwortung der Interpellation auf-
geschoben hatte, um erst weiteres Material zu sammeln, bewies
durch die von dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von
Hammerstein im Namen des Staatsministeriums verlesene
Erklärung, daß ihre Erwagungen grundsätzlich restlos geblieben
sind. Denn die Valliavsmittel, die das Ministerium vorschlägt,
werden die ländliche Arbeiternot niemals beseitigen, wohl aber
sind sie geeignet, unsere heimischen Arbeiter auf schwierste zu
schädigen.

Die Regierung ist bereit, daß Verbleiben polnischer, russischer
und galizischer Arbeiter künftig bis zum 1. Dezember zu gestatten,
sie will die Frage der Beschäftigung von Strafgefangenen
und Korrigenden erwägen und auf deren Verwendung in der
Landwirtschaft Bedacht nehmen, sie hat die Generalkommandos
angewiesen, begründete Wünsche der Landwirtschaft durch zweck-
mäßige Verhandlungen aktiver Soldaten zu berücksichtigen.
Derner sollen beim Bundesrat Anträge gestellt werden, daß
künftig das Gewerbe der Gesinde und Siedlervermietter konzessions-
pflichtig gemacht wird, und schließlich will sie darauf Bedacht
nehmen, die Auswüchse der Freizeitigkeit, die an sich anstrengt
erhalten werden soll, zu beseitigen. Wie unvorsichtig von Herrn
Frhr. v. Hammerstein, daß er die reaktionären Pläne der
Regierung auf Einschränkung der Freizeitigkeit so offen enthüllt
hat! Er hat uns damit für den bevorstehenden Wahlkampf eine
neue Parole gegeben, eine Parole, die ebenso wirksam sein
wird, wie die gegen die Beschleunigung der Koalitionsfreiheit der
Arbeiter.

Den Abgeordneten gehen diese reaktionären Maßnahmen der Regierung
natürlich nicht weit genug, sie wollen die Aufhebung
der Freizeitigkeit, und was für Schläge zu Tage
herauftreten, das, ihre Auflösungsgesetze keine Schranken
kennen, daß sie in gleicher Weise Kinder und Erwachsene, freunde
und einheimische Arbeiter sich dienstbar machen wollen. So
verlangte Abg. Kamp (freikons.) u. a. eine gesetzliche Regelung der
Sachsenburgerei und der Beschäftigung jugendlicher Ländarbeiter,
eine Stärkung der elterlichen Autorität in dem Sinne, daß dahin
gewirkt wird, daß die Kinder durch ihre Arbeit im Hause den
Eltern einigemassen ihnen das wieder einbringen, was sie ihnen
lösen, die Herauslösung des schulpflichtigen Alters um ein
Jahr und schließlich die zwangsweise Verwendung von
Vagabunden, Verwahrlosen und unehelichen Kindern
zu landwirtschaftlichen Arbeiten. Wirklich, ein menschen-
freundlicher Herr, dieser Herr Kamp. Es fehlt nur noch, daß
er die Vermehrung der unehelichen Kinder von Staats wegen
fordert, damit der ländlichen Arbeiternot ein Ende gemacht wird.
Für manchen, sonst unnützen Junker würde sich damit zugleich
auch ein feiner Fähigkeiten und Neigungen entsprechender
Wirkungskreis eröffnen.

Etwas in demselben Sinne bewegten sich die Ausführungen
des Abg. Frhr. v. Riehren v. Riehren (konf.), der die Befreiung
italienischer und holländischer Arbeiter befürwortete, eine noch
stärkere Bestrafung des Kontraktbruchs der Arbeiter
verlangte, sich gegen die Ablösung des Naturallohnes durch
Geldlohn erklärte und sich im übrigen in langweiligen Klagen
über die Landagitator der Sozialdemokratie erging.

Die Abg. Sieg (nat.-lib.), Gothein (freik. Bg.) und
Jansen (Centr.), die sich noch an der Beratung beteiligten,
zeigten, daß auch sie kein Verständnis für die wahren Ursachen
der ländlichen Arbeiternot besitzen. Niemand fand den Mut,
für bessere Vöhning, menschenwürdigere Wohnungen und an-
ständige Behandlung der Ländarbeiter einzutreten.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt. Außerdem steht die
zweite Lesung des Kompatibilitätsgesetzes auf der Tagesordnung.

Chinesisch.

Vom Prinzen Heinrich.

Shanghai, 20. April. (W. T. B.) Das zu Ehren des
Prinzen Heinrich von Preußen veranstaltete Frühstück verlief
in angeregtester Stimmung. Später wohnte Se. Königliche
Hoheit einem Radfahren mit Musikbegleitung bei, an dem
20 Knaben und Mädchen teilnahmen, die durch die Gemahlin
des britischen Generalkonfils, Lady Hannen, dem Prinzen vor-
gestellt wurden. Heute abend beabsichtigt die deutsche Kolonie
dem Prinzen einen Fackelzug zu bringen.

Das Landen in Kiautschou.

will der Norddeutsche Lloyd, wie er öffentlich bekannt macht,
auf seinen Schiffen bis auf weiteres nur solchen Personen ge-
statten, die in amtlicher Eigenschaft nach dort entsendet sind.
Privatbeförderungen finden völkerlich nach Kiautschou nicht statt.

Russisch.

Die Petersburger Wiedomost meldet aus Odessa: Am
Sonnabend wurde hier auf dem Dampfer Zetralnyj-Slaw eine
Abteilung Soldaten zur Versicherung der russischen Truppen in
Port Arthur und Tschiltschan eingestellt. Vor der Abfahrt
erschien mit den Spitzen der Behörden der kommandierende
General Graf Muhsin-Puschkin und hielt eine Ansprache an
die Truppen, in welcher er sagte: „Das Russland befindet
China überließ uns zwei Höfen nebst Festungen. Es beliebt
dem Kaiser, Euch dorthin zum Dienst zu schicken. Geht hin
und zeige der ganzen Welt die Bedeutung der russischen Soldaten.
Ihr werdet dort die neuen Niederlassungen festigen und be-
hüten.“ Der General schloß seine Ansprache mit der Auf-
forderung, sich in dem neuen Land unter fremden Menschen
unterwarf zu führen. Die Offiziere erhielten Graf Muhsin-
Puschkin, den Sturm der russischen Waffen zu wahren. „Jeder
erhielt Karten von Port Arthur und Tschiltschan. Die Soldaten
erhielten Bilder des Kaisers und der kaiserlichen Familie. Gleich-
zeitig gingen mit der Zetralnyj-Slaw mehrere Hosen und Ver-
waltungsbüro ab.“

In Korea

und zeigen wieder Verwicklungen ausgebrochen sein, und von Peters-
burg aus wird behauptet, Kuhland sei entschlossen, ohne
Berzug zur Besetzung Koreas zu schreiten, wenn die
inneren Wirren andauern, da die Zurückziehung der russischen
Institutionen aus dem koreanischen Heere unter der Bedingung
geschehen sei, daß die dortige Regierung selbst die Unabhängigkeit
des Landes wie auch die Ruhe im Innern wahren werde.
Das heißt: Kuhland will um jeden Preis Korea anstreben.

Chronik der Majestätsbeleidigungssachen.

Das Braunschweiger Landgericht verurteilte den Thürler
Karl Simsteth aus Wolfenbüttel wegen Majestätsbeleidigung
zu fünf Monaten Gefängnis. Der Verurteilte will Be-
rufung einlegen.

* Berlin, 21. April. Prinz Heinrich, dessen Nichte
vor der Abfahrt nach Ostasien Anlaß zu lebhaften Er-
klärungen gegeben, hat sich, wie der Stuttgarter Beobachter
dem Brief eines wackeren Schwaben aus Hongkong den 12. März
entnimmt, in Hongkong ausgebettet, daß am Empfangsabend im
deutschen Club keine Reden gehalten werden, mit der Begründung,
daß er sonst gezwungen sei, zu antworten und er nicht zum
Redner geboren sei. Wir haben nie daran gezweift, daß
Prinz Heinrich seine Nichte Evangeliumsrede nicht aus dem
Siegreife, sondern nach Vorlage gehalten hat.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat in einer anti-
semitischen Versammlung zu Hamburg, wie wir dem Hamb.
Korresp. entnehmen, damit renommiert, doch sich unter den anti-
semitischen Kandidaten auch „ein früherer Prinzenerzieher“
befindet. Der frühere Prinzenerzieher und jetzige Theologe würde
wohrscheinlich später einmal die Leitung der Partei über-
nehmen. Donnerwetter, da kann es nicht fehlen!

Saalabreihungen in Sagan-Sprottau. Gegen den
freisinnigen Abg. Dr. Müller-Sagan kandidiert der Landrat von
Sprottau. Dr. Müller wollte in Wiesau einen Reichsstaats-
bericht erstatten. Ein Saal war gemietet und Mittwoch sollte
die Versammlung stattfinden. Montag aber kam ein Brief folgenden
Inhalts vom Besitzer des Volks an: „Es ist mir unmöglich,
für Mittwoch den Saal zu geben aus besonderen
Gründen.“

Graf Mirbach, der schon wiederholt mit seinem Rücktritt
vom politischen Leben „gedroht“ hat, erklärt nach der Post
wieder einmal, nicht mehr kandidieren zu wollen. Wie schade,
da dieser „schneidige“ Junter von der Höhe abtritt!

Für den dritten Berliner Reichstagwahlkreis ist von
der freisinnigen Volkspartei der Kandidat in Aussicht genommen worden.

Großer Unzug! Der Sächsische Bulle ist nicht wegen
Majestätsbeleidigung beschlagenahmt worden — sie hatte über
den geisteskranken Bayernkönig Otto geschrieben — son-
dern weil der Amtsbeamte beim Amtsgericht München I findet, der
König Otto, sei geeignet, das Publikum als solches
ungehörlich zu belästigen und zu beunruhigen“, und der Ver-
fasser habe deshalb „großen Unzug“ verübt.

Man sieht, was alles mit dem Kaufschulparagrafen
des „großen Unzugs“ ausgerichtet werden kann, mag auch, wie
hier, der damit bedrohte Unzug auch nicht das mindeste mit
dem § 860, Nr. 11 des Strafgesetzbuches zu thun haben.

Wohin geraten wir, wenn nicht endlich die Gesetzgebung
dieser Auslegungskunst ein Ziel setzt?

Otto Mittelstädt schrieb anfangs dieses Jahres in der
Bulle:

Da befindet sich unter den 14 Nummern des § 860 unseres
Strafgesetzbuches auch ein Verbot, daß unter Nr. 11 denjenigen, der
„ungehörlicherweise ruhestörende Lärm erzeugt oder großen Unzug
verübt“ mit Geldstrafe von 1 bis 150 Mark oder Haftstrafe von
einem Tage bis zu sechs Wochen bedroht. Der Ursprung dieses
labilen Polizeiverbotes im preußischen Allgemeinen Landrecht, die
Stelle, an der es steht, seine unmittelbare Verbindung und Zusam-
menschaffung mit verwandten, die äußere Ordnung rein äußerlich
schwungen Normen, die düstere Grenze des angebrochenen Straf-
maßes, endlich, last not least, das natürliche Sprachgefühl dulben
hier nicht den geringsten Zweifel, daß das Gesetz unter „großen
Unzugs“ ausschließlich bubenhaftes Treiben des Straßenverlebens ver-
standen wissen will, die, wie der ruhestörende Lärm die Ohren, so
in anderer Sinnfälliger Ercheinung die ordinäre polizeiliche Ordnung,
die Ruhe, die normale Empfindung des großen Publikums
unmittelbar und äußerlich zu verleben gezielt sind. Dem bes-
cheidenden Laienverstände wie der beschäftigtesten Juristenfach
muß ohne weiteres einleuchten, daß sobald man, planlos ins blaue
interpretierend, „Unzug“ und „Unrecht“ durcheinander meint, man
eine vollkommen vernünftige in eine durch ihre leere Allgemeinheit
geradezu stümplige Gesetzesbestimmung umwandelt. Wo „grobes
Unrecht“ anfängt und wo es aufhört, weiß niemand mehr. Damit
wäre also dem heutigen Stra

abzugrenzen. Lediglich mit Quebracho gegerbte Leder bleibt es überhaupt nicht, die Menge des Lebers, das vorwiegend mit Quebracho gegerbt ist, ist auch nicht sehr bedeutend; man müsste also schon alles mit überfleischen Herbststoffen in Verbindung gebrachte Leder so bezeichnen wollen. Mit überfleischen Herbststoffen aber kommt gegenwärtig schon fast alles Leder in Verbindung. Es ist nicht einzusehen, was unter diesen Umständen mit der Stempelung des Lebers erreicht werden sollte. Bei der ganzen Frage kommt ja auch weniger das Leder, als die Lederware in Betracht. Das aber jede einzelne Lederware in allen ihren Teilen gestempelt werden soll, ist wohl unbedeutend. Die ganze Frage ist gegenwärtig so unscharf, daß es irgend eine praktische Lösung in absehbarer Zeit nicht zu denken ist.

Der König von Saarabien kapitulierte vor den Blindlern. Frhr. v. Stumm hat 1892, 1893 und 1894 für die neuen Handelsverträge und damit auch für die Herabsetzung der Kornzölle gestimmt.

In einer Wahlversammlung in Neunkirchen erklärte er jetzt, daß dies ein Fehler gewesen sei, und er ihn durch ein energisches Eintreten für höhere Zölle nach Ablauf der Handelsverträge wettmachen wolle.

Eine böse Vorlesernotiz ist in der Freisinnigen Zeitung zu lesen:

Sangerhausen. Ihre Mitteilung ist zutreffend. Pastor a. D. Schössle steht nicht bloß im Dienst der nationalsozialen Partei, sondern reitet auch im Auftrage der Freisinnigen Vereinigung für den Bauernverein Nordost in anderen Wahlkreisen.

Die Wadefesträume lockten ja auch mit dem "Reformator" von Egby und wollen ihn in Elberfeld bei den Wahlen unterstützen.

W. Aus Oberschlesien, 20. April. Die bürgerlichen Parteien wagen noch immer nicht, in den Wahlkampf einzutreten. Beim Centrum ist das nicht wunderbar, denn das bereits im Herbst des vorigen Jahres begonnene, durch die unklige Anholz-Hebe aber wieder in die Brüche gegangene Friedenswerk zwischen Deutschen und Polen ist noch immer nicht unter Dach und Fach, und die regierungsfreundliche Haltung der schlesischen Centrumsabgeordneten hat die Freundschaft zwischen den beiden schwarzen Brüdern auch nicht gefördert. Die Sozialdemokraten dagegen rüsten sich bereits überall, in Katowice, Neustadt, Oppeln, Gleiwitz, besonders aber im Industriebezirk. Hier ist aber auch unendlich viel zu thun, wenn die Wahlagitation nur einigermaßen durchzuführen soll, da ungefähr dreiviertel Millionen Menschen in ihm wohnen.

Wegen Benutzung des Koalitionsrechtes ist wieder ein Arbeiter von einem fiktionalen Betrieb, der Königsgrube, gemäßregelt worden, nämlich der Bergarbeiter Matich aus Biwina, der als Delegierter der oberösterreichischen Kameraden den Dorfmeister Kongress besucht hatte.

* Aiel, 18. April. Im Februar d. J. hatte der Amts- vorsteher Thayen, Wildfang, eine dänische Versammlung aufgelöst, weil auf Aufrufung des Husnus Wiss aus Silserup das "Geplied" "Länge vor Norden herlige Slamme" gesungen worden war. Hinterher legte der Amts- vorsteher dann noch dem Wiss eine Geldstrafe von 50 Mk. auf. Auf die beantragte gerichtliche Entscheidung mußte das Amts- lebende Schöffengericht den Verlogten freisprechen, weil ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er das verborgene Lied mitgehungen habe, und weil im Gesetz keine Bestimmung zu finden war, "die Aufführung zum Singen eines Liedes zu strafen".

Das bekannte Dänemark Bladsborg Avis hatte vor der lichen schleswig-holsteinischen Erhebungsteile mitgeteilt, daß ein Komitee für die Abhaltung eines "Revolutionstages" Zusatz hätte. Das hat die Herren Amts- vorsteher Björnsen, Finde- vorsteher Fjelstrup und Hof- vorsteher Grot verdrängt, die Mitglieder des Komitees waren, und haben sie gegen den Antwortlichen Rebellen des obengenannten Blattes Klage bei der Staatsanwaltschaft erhoben wegen Presseleidigung. So ist's recht. Das Provinzialschulkollegium in Schles- b. hat d. Wahl des Stadtvorstandes Göllsche in Elmshorn Mitglied des Kuratoriums der dortigen Real- schule die Wiedergutmachung verlangt, weil Göllsche der sozialdemokratischen Partei angehört.

Königsberg i. Pr., 20. April. In der Sitzung der Stadt- räte vom 19. d. M. gab Oberbürgermeister Hoffmann an, daß der Minister des Innern seine Beschwerde über Oberpräsidenten Grafen Wilhelm Bismarck, der bei der Innensache sich geweigert hatte, ihm die Hand zu reichen, deputiert gelassen habe. Die Versammlung nahm mit 44 zu 36 Stimmen eine Resolution an, in der sie darüber ihre Meinung aussprach.

Österr. politische Nachrichten. Das Staatssekretär v. Putz- er in Elsaß-Lothringen seinen Abschied zu nehmen entschlossen wird von der Deutschen Tageszeitung als glaubwürdig hinge- sah mit der Bemerkung, daß nach einem Gericht das persönliche Verhältnis zwischen den Herren Statthalter Hohenlohe und Staatssekretär des Innern manches zu wünschen übrig geblieben. Den Entschluß des letzteren zur Flucht gebracht habe. — Bezeugt wurde in Braunschweig zur silbernen Hochzeit des Landgenten der Staatsminister Otto. — Man „germanisiert“. Der Staatsanwalt in Jaworazlaw erhob Anklage wegen Pr. Anklage gegen den Ogiestoff Skarowski, weil im Interesse seines Herrn, dem polnischen Adler und der Deutschen Freiheit Polen!“ annoncierte. Der neue Ministerialerlass — Eine Recitation der Weber ist in Mühlhausen i. Th. „Geschicht verboten worden. — Der schweizerische Nationalrat will einen Antrag Turti, der Bund solle das Meliorationswesen noch unterstützen, daß er den landwirtschaftlichen Körperschaften helfen zu billigen. Einzelne gewähre, mit 60 gegen 80 Stimmen abzuhängen. — Die Militärmmission des norwegischen Stors. Dr. S. beantragt einstimmig, die Übungszzeit der Rekruten abzufallen auf 18 Tage, die der Landwehr von 12 auf 18 Tage zu thun. Die Kommission beantragt ferner die Annahme des Vorschlags, die Festigungen des Königsfjordes, bes. Tordals- veg und der Stadt Bergen in den Verteidigungsstand zu bringen. — In Petersburg ist nach zehntägiger Verhandlung ein Friedensvertrag zum Abschluß gelangt. Angeklagt waren: der schwedische Staatsrat Michael Baranow, der Lehrer im Kadetten- war, dessen zwanzigjähriger Tochter Sophie, dann Kapitän Antonow, Lieutenant Schelket Abdurhaman, der Beamte des Innenministeriums Kochwitz, Regimentschreiber Venetjev, sowie Leutnant Wojniatow und Odileich. Sämtlichen Angeklagten ist zur Last gelegt, die Dislokationspläne Russlands an den Nachbarstaat (Österreich) gegen Entgelt ausgeliefert zu haben. Es wurden Baranow zu lebenslanger Zwangsarbeit und die Offiziere zum Tode durch Erstickung verurteilt.

Oesterreich-Ungarn.

Nach den Ferien. — Vom Ausgleich. Wien, 20. April. Die erste Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses nach den Ferien war schwach besucht. Die Begründung der Ministeranträge wegen der lex Falleni werden durch die Abgeordneten Kaiser (Volkspartei),

Groß (Fortschrittspartei) und Neyer (Sozialdemokrat) bestätigt. Die Rechte des Hauses fehlt fast vollständig. Die Schwächeren wenden sich in einem persönlichen Schreiben an einzelne Abgeordnete der Volks- und Fortschrittspartei, um Unterschriften für die vor Ostern nicht unterschriebene Ministeransprache gegen Sachsen wegen der Sprachenverordnungen zu erhalten.

Der jugendliche Finanzminister Dr. Kainz ist in seinem fröhlichen Wahlkreise Smidow-Karolinenhof mit großer Mehrheit zum Reichsratsabgeordneten wiedergewählt worden.

Wolfs Telegraphen-Bureau meldet: Die heute im Abgeordnetenhaus unterbreiteten Ausgleichsvorlagen mit Ungarn umfassen die Reform der Verzehrungssteuer, die Fortführung der Währungsreform, die Abänderung des Bankstatuts und die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses. Die Reform der Verzehrungssteuer bezweckt die Steigerung der Staatsnahmen, die Hebung der Finanzlage der Königreiche und Länder und die Verbesserung der Lage der betreffenden Unternehmungen und Betriebe. Aus dem Ertrage der Bronzesteuer und der Bleisteuer sollen 10% Millionen den Ländern überwiesen werden. Die Nettoeinnahme für den Staatschaf wird auf 39 Millionen veranschlagt. Die Zuckerei wurde auf 19 Gulden erhöht. Als Maximalsumme der Ausfuhrvergütungen verbleiben 9 Millionen für den Rückzug der Ausfuhrprämien. Über dieses Maximum hinaus wird ein neuer Verteilungsmodus vorgeschlagen, wonach die großen Fabriken mehr, die kleineren weniger ersehen werden. Die Konsumsteuer sieht den Ländergebieten zu, in denen der tatsächliche Konsum erfolgt. Der Mineralölzoll wird zum Schutz der inländischen Roh-Petrolproduktion auf 3½ Gulden erhöht. Beihand Fortführung der Währungsreform schlägt die Regierung die Einziehung der restlichen 112 Millionen Staatsnoten vor durch Goldreserve des Staates bei der Bank und durch Erziehung derselben durch 64 Millionen 5 Kronen-Silbermünzen und 108 Millionen 10 Kronen-Banknoten, ferner die Einziehung der 70 Millionen Salinen scheine durch ein 3½ prozentiges Anlehen. Nach der Bankvorlage soll die Beteiligung des Staates an dem Gewinne anstatt bei 7 schon bei 4 Prozent beginnen. Die 80 Millionen schuld wird herabgesetzt auf 30 Millionen durch Rückzahlung von 30 Millionen seitens Österreichs und Abschreibung des Restes durch die österreichisch-ungarische Bank. Die wesentlichen Neuerungen des Zoll- und Handelsbündnisses beziehen sich auf die Revision des Zolltarifs bei Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1903, auf die Aufhebung des Mahlverkehrs und auf Eisenbahntariffragen. In die austarifliche Vertretung würden Fachmänner entsendet. Neben der ungarischen würde eine österreichische Warenstatistik angelegt werden. Gegen die Verschärfung der landwirtschaftlichen Artikeln, insbesondere der Kunststoffe, würden Schutzmaßregeln eingeführt.

Magyarische Inseln.

Mihregyha, 20. April. Der Prozeß gegen die 65 Sozialisten, die die im November v. J. festgenommenen Sozialisten zu befreien versuchten, ist beendet. Von den Angeklagten wurden 85 zu drei Wochen, 2 zu zwei Monaten, einer zu sechs Wochen Arrest verurteilt, die übrigen freigesprochen.

Der ausgewiesene Sozialist Johann Fitzmadia ist wegen des morgen gegen ihn stattfindenden Prozesses hier eingetroffen. Am Bahnhof hatten sich etwa 2000 Sozialisten an-

die Polizisten vorgen. Die Polizisten gingen wiederholt gegen die Menge vor, zerstreuten sie und nahm mehrere Verhaftungen vor. So meldet das offizielle Zugdepeschenbureau.

Frankreich.

Vom Soloprozeß.

Paris, 20. April. Dem Blatte Aurora zufolge werden die Verteidiger Solas noch vor dem Prozeß wegen der Nichtvorladung von Dreyfus die Richterleitsbeschwerde dem Kassationshof überreichen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Vom Königjubiläum. Bei dem Empfang der Vertreter der nationalliberalen Partei sprach der König, wie bereits mitgeteilt, die Hoffnung aus, daß die erhaltenen Parteien auch jenerhin, namentlich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, fest zusammenstehen möchten. Er fügte, wie jetzt bekannt wird, hinzu: „Wir haben ja früher schon gezeigt, was wir leisten können.“ Vor einiger Zeit verriet Freiherr v. Briesen auf Rötha, daß der Erfolg bei den Reichstagswahlen im Jahre 1887 auf die Initiative König Alberts zurückzuführen gewesen sei. Darauf wird wahrscheinlich in der oben cilierten Anerkennung des Königs angespielt. Mittlerweile ist aber dem arbeitenden Volke klar geworden, was die staatsverhaftenden Parteien zu leisten vermögen. Mit der Wahlrechtsverkürzung und der Schmälerung des Vereins- und Verbandungsbereiches sind die Arbeiter im innersten Markt getroffen, wofür sie bei den nächsten Reichstagswahlen Abrechnung halten werden. Wie sich die Zeiten ändern! Als im Jahre 1868 das allgemeine, nur an einen geringen Census geknüpfte Wahlrecht zu dem Landtag eingeschafft wurde, soll der König, damals noch Kronprinz, dieses Wahlrecht als ein Geschenk an die Arbeiter wegen deren tapferer Haltung vor und im Jahre 1868 im Gegenzug zu der hochverräterischen Haltung der damaligen bürgerlichen Parteien, insbesondere der Nationalliberalen, bezeichnet haben. Nun hat die Mehrheit des Landtags dieses Wahlrecht vernichtet und den Arbeitern ein Scheinwahlrecht gegeben. Und dieselben Parteien, die den Vont des Herrscherhauses an die Arbeiter aufgehoben haben, werden nun zum Zusammenstehen aufgefordert gegen dieselben Arbeiter. Nichts ist deshalb erklärlicher, als daß das Volk bei den gegenwärtigen Jubiläumsfeierlichkeiten wohl beiseite steht.

Der Landessverein der freisinnigen Volkspartei im Königreich Sachsen wird seine diesjährige Hauptversammlung Sonntag den 1. Mai in Dresden abhalten. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet eine Besprechung über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Freisinnigen nehmen seit mit ihrer Stellungnahme zu den Reichstagswahlen. Andere Parteien sind mit den Vorbereitungen längst fertig.

Wie stellt sich Sachsen zur Errichtung eines besonderen bayerischen obersten Militärgerichtshofes? Das Organ des bayerischen Centrums, die Augsburger Zeitung, sagt, daß die Ansichten eines besonderen bayerischen obersten Militärgerichtshofes recht schlecht zu stehen scheinen und daß das bayerische Sonderrecht auf einen eigenen obersten Militärgerichtshof leider als solches von keinem Bundesstaat außer Bayern anerkannt werde, auch nicht von Baden, Württemberg und Sachsen.

21. April

1898.

Dazu bemerkt die Deutsche Tageszeitung: „Von den beiden ersten genannten Ländern wundert und das nicht, wohl aber von Sachsen, und unsere Verwunderung ist um so größer, als wir von durchaus zuverlässiger Seite bisher dahin unterrichtet worden waren, daß die sächsischen maßgebenden Kreise von dem bayerischen Sonderrecht und von der Berechtigung der Forderung eines besonderen obersten Militärgerichtshofes überzeugt seien.“

Eine solche Notiz ging schon früher einmal durch die sächsische Presse, wurde aber gerade von dieser als unrichtig bezeichnet. Worauf beruht die Deutsche Tageszeitung ihre Wissenschaft von der Überzeugung Sachsen von der Rechtmäßigkeit der bayerischen Forderung? Sachsen ist heute so gut preußisch, daß eine solche Annahme, wie sie die Deutsche Tageszeitung äußert, wenig Glauben verdient.

Mittweida, 19. April. Eine Parteiversammlung für den 15. sächsischen Reichstagswahlkreis fand hier am letzten Sonntag statt, zu der die Genossen aus allen Teilen des Wahlkreises zahlreich erschienen waren, daß der Saal lange vor Beginn der Versammlung abgesperrt werden mußte. Gen. Pöhlau-Leipzig, der sozialdemokratische Kandidat des Kreises, sprach unter stürmischem Beifall über die bevorstehenden Reichstagswahlen und die politische Lage. Genosse Landgraf-Burgstädt berichtete über den Stand der Presse und teilte mit, daß seit dem letzten Bericht die Abonnentenzahl um über 800 gestiegen sei und daß der finanzielle Stand ein gleich gutes Resultat aufweise. Die Genossen Semmler, Beyer und Diebold werden als Vertrauensmänner in Prehangelegenheiten einstimmig wieder gewählt.

Nördlich, 19. April. Bei der am Montag abend stattgehabten Generalversammlung des hiesigen Konsumvereins wurde ein Antrag, in Zukunft in der Volksstimme nicht mehr zu inserieren, mit großer Majorität angenommen. Diese gewaltige That kam unter gefälliger Mitwirkung des hiesigen Königlich-sächsischen Kriegerbundes und der patriotischen Gefangengemeinde zu stande. Im Schweise ihres Angesichts kamen die Deputationen der Vereine, die gerade Probe halten, angestimmt, um Bezeugnis ihrer guten Gesinnung zu geben.

Döbeln, 19. April. Dem Beispiel anderer Städte folgten, wollte man auch hier eine Jubiläums-Festfeier der armen Einwohner vornehmen. Da sich dem aber unvorhergesehene Hindernisse in den Weg gestellt, hat der Stadtrat beschlossen, an deren Stelle denjenigen Personen und Familien, die fortlaufende Wochenunterstützung beziehen, am 20. April statt des einsachen den doppelten Betrag dieser Unterstützung zu gewähren und aus der Armelecke auszahlen zu lassen.

g. Zwischen, 19. April. Was manche Gesellschaften unter Aufbesserung der Löhne verstehen, davon liefert das hiesige Elektricitätswerk, Zwischen-Bahn-Bahn-Gesellschaft, einen schlagenden Beweis. Im April vorigen Jahres wurde den Wagenführern eine Lohnzulage in der Weise zugesichert, daß ihnen als zweites Prozent der Teilnahme an der Fahrgeldzumahne monatlich 5-7 Mark gutgeschrieben würden. Diese Gelder sollen ihnen aber erst ausgezahlt werden, wenn sie bis auf 100% von 200 Mk. angestiegen sind, die Auszahlung ist auf dem Belieben des Direktors, der nur betr. Managerial, die Kniffe abgegangen, die sich einer tadlosen Führung nicht bewußt sind, trotzdem hat ihnen der Herr Direktor die Auszahlung ihres Guthabens aus dem 2. Prozent der Einnahme, was auf das vergangene Jahr bei allen dreien zusammen ca. 200 Mark macht, verweigert. Sie werden jedenfalls den Klageweg beschreiten müssen, um zu ihrem Geld zu kommen; als Beweismittel haben sie die monatlichen Belege in Händen.

Bittau, 20. April. Große Diebstähle sind in der neuesten Zeit durch die Speicherarbeiter der Landwirtschaftlichen Eins- und Verkaufsgesellschaft hier zum Nachteil der letzteren verübt worden. Die Arbeiter haben vornehmlich Hafer gestohlen und sollen ihn um kaum die Hälfte des üblichen Marktpreises an einen hiesigen und einen Oberseifersdorfer Fuhrwerksbesitzer verkaufen.

kleine Mitteilungen aus dem Lande. Im südlichen und westlichen Teile des Stadtgebietes am Schwanenteich in Zwischen sind infolge des unterirdischen Kohlenabbaues wieder erhebliche Überfälle Bodenverschiebungen eingetreten, die jetzt ausgefüllt und dann planiert werden sollen. Auch in den Vereinsglückstraßen haben sich infolge des Kohlenabbaues erneute Senkungen ereignet, so daß die dortigen Gartengrundstücke aufgefüllt und die Dämme des Planierbaches erhöht werden müssen. — Der örtliche Bezirksverein Glauchau hat beschlossen, den Stadtrat darauf aufmerksam zu machen, daß an den Anschlagplätzen durch Anschläge Malaria und Fluorbeimasse, zwei Schleimmittel, deren Fleische verboten ist, öffentlich angeprickelt werden, woran sind. — Ein tollwütiger Hund, der ein Mädchen gebissen hat, ist in Opolibördt getötet worden. Die Folge davon ist eine übermalige Verlängerung der Hundesperrre bis zum 16. Juli für die Ortschaften der Umgebung.

Gera, 19. April. Die Neujahrs-Tribüne vom 23. Dezember vorigen Jahres brachte einen Weihnachtsartikel, in dem die Staatsanwaltschaft den Thatbestand des § 180 des Strafgesetzbuches (Ausreizung zu Gewaltthäufigkeiten) erblickte und deshalb Anklage erhob. Die Anklage führte aus, in diesem Artikel wäre „der Wahrheit zuwider und in schreckendem Widerstreit zu den im Interesse der Menschheit verfaßten Artikeln enthaltenen Einladungen zu Schänden und Fehlschlägen, zu deren Besuch übrigens der Verfasser selbst auch wenige Zeiten später aufgefordert, behauptet, daß während beim Weihnachtsfest für die sogenannte „besitzende Klasse“ die Freudeigkeit im Geben ihr reichstes Füllhorn öffnet, der das ganze Jahr hindurch entbehrende „Proletariat“ ihr blindestes Auge die Seinen vor dem leeren oder nur armlich bekleideten Gabentisch stehen sehen müßte.“ Dieser Artikel, sagt die Anklage ferner, enthalte „allenthalben die Merkmale des Vergehn nach § 180 St. G. B.“ — Denn gerade auf den Weg der Gewalt, durch die neben der bestehenden Klasse auch der Drache der Knechtherrschaft mit dem letzten Streiche werde zerstört werden, werden die gläubigen Leute hingewiesen.“ Auch sollte nicht unbemerkt bleiben, daß dieser Zeitpunkt des letzten Streiches des Proletariats der sogenannte Klabberabatsch, nach einer vor mehreren Jahren erfolgten öffentlichen Prophezeiung des hervorragendsten sozialdemokratischen Parteidrägers Bebel, bereits im laufenden Jahre eintreten soll.

Aber der kunstvolle Bau der Anklage war nicht fest genug: dem Genossen Röddiger wurde dieser Tage mitgeteilt, daß das Verfahren gegen ihn wegen Aufreizung von der Geschlossklammer des Landgerichts eingestellt sei.

Hierzu zwei Beilagen.

Achtung. Achtung. Metallarbeiter.

Sonntag den 24. April vormittags halb 11 Uhr

Grosse öffentliche Versammlung

im Saale des Felsenkellers zu Leipzig-Plagwitz.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Entwicklung der Elektricität unter Berücksichtigung der sozialpolitischen Bedeutung

Referent: Herr Dr. B. Borchardt aus Berlin.

2. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Sozialdem. Verein L.-Ostbezirk.

Heute Donnerstag den 21. April abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale der Germania zu Sellerhausen.

Tagesordnung: 1. Die Wohnungsnutzung in Leipzig.

2. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

3. Fragestunden.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bitten wir die Genossen, für recht

zweckhaften Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Der Vorstand.

Sozialdem. Verein L.-Westbezirk.

Freitag den 22. April abends 9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Felsenkeller.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Dr. Voelkel über: Darwinismus und Sozialdemokratie.

2. Diskussion. 3. Maßfest.

NB. Die Quartalsabrechnung findet Dienstag statt; die Mitglieder, welche noch

programme haben, werden gebeten, dieselben abzugeben.

D. B.

Textilarbeiter u. Arbeiterinnen.

Freitag den 22. April abends 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

in Stadt Lützen, Lindenau.

Tagesordnung: 1. Die Macht des Arbeiters.

2. Organisationsarbeit.

3. Abrechnung bei der Regierung.

4. Der Vorstand.

Es ist erlaubt, zu jedem Redner zu hören.

berufen.

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler.

(Oertliche Verwaltungsstelle Thonberg).

Sonnabend den 23. April abends 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof zu Neu-Reudnitz. Hierzu werden die Mitglieder ergebenst eingeladen.

[8719]

Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Begräbniskasse f. Frauen u. Mädchen Deutschlands (E. H.)

Offenbach a. M.

Sonntag den 24. April nachmittags 8 Uhr Haupt-Versammlung im Restaurant Spieß, Stadt Hannover, Seeburgstraße. T.O.: 1. Verlesen des Protocols. 2. Geschäftsbereich. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes.

Recht zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Nächste Auskunft erteilen: Fräulein Anna Peter, Thonberg, Südtiroler

Straße 20, I., Marie Raundorf, Reudnitz, Oststraße 48, II. B. II. [8718]

Wurzen.

Achtung, Bauhandarbeiter!

Freitag den 22. April abends halb 9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

in Stadt Wien.

Um zahlreichen Besuch bitten

[8727]

Der Einberufer.

Kgl. rumänischer

Cirkus César Sidoli

Alberthalle. Donnerstag den 21. April 8 Uhr

Novitäten-Vorstellung.

Erstes Auftreten des Bären als Kunstreiter zu Pferde.

Direktor Sibolt, Vorführung der 13 Stenite.

Noch einige Tage kein Edmond.

Programm enthält 15 Nummern.

Morgen High life, Gala-Festvorstellung.

C. Schuberts Augustusbad, Leipzig, Poststr. 15

Gegründet 1872.

Bei allen Orts-, Vereins-, Betriebs- und Innungskrankenkassen und für deren Mitglieder ermäßigte Preise. Brospekt gratis.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren, waren in nur solider Ausführung zu auhgewöhnlich billigen Preisen empfohlen. [8740]

Hermann Dietrich, Tischlermeister, Lindenau, Merseburger Straße 83.

Berantwortlicher Rabattur: Richard Jilg in Leipzig. —

120 getragene Uhren für Herren und Damen von 6 M. an verkauft mit Garantie.

Uhrmacher Hille, Neumarkt 18.

Alle Reparaturen gut n. billig.

Preis dieser Zeitung 10 Proz. Rabatt.

Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung

21. April

Zum Umzug!

Mit wenig Geld ist jeder in der Lage, sich seinen Bedarf an

Möbel und Polsterwaren anzuschaffen.

J. Jttmanns

Waren- und Möbel-Kredit-Haus

Johannisplatz 4 u. 5, I., neben der Bürgerschule

bietet hierzu durch die bequeme Art und Weise der

wöchentlichen, monatlichen ob. 1/4 jährlichen

Abzahlung

die beste Gelegenheit und ist außerdem durch die reiche Auswahl in allen Gegen-

ständen, die billigsten Preise und fairesten Bedingungen

eine vorteilhafte Einkaufsquellen

für Jedermann.

[2006]

Sehr will. zu verl. jähr. 12 Std.

seine nuss. Herrenschreibtische, s. nuss.

Büros, Kleiderst., Bücherschränke,

Büffets, Schreibst., Plüschtarnituren,

feine Plüsch u. Minsk-Ottomanen, Sofas-

longue, Salonschränke, seine gr. Salon-

stühle, allerlei Ausziehbücher, gr.

Auswahl billiger Nachlehnstühle, große

Trumeauspiegel, billige Weißer-Spiegel,

nuss. Waschtisch mit Marmor, echte u.

imitierte Muschelbetten mit feinen Ma-

trakten, große Vorsatzschränke, Küchen-

schränke, Täfelchen, Duhertisch u. versch.

bei Ziener, Emilienstraße 46, I., II.

3. Et. Nähe der Windmühlenstraße.

4. Et. verl. Schränke 18, 2 Std. 24

u. 30, Büros 30, Sofas 30, Ottomans

38 u. 38, Bettst. m. Matr. 28, Steg-

stühle 18, Ausziehbücher 22, Kinderstühle 25,

gr. Vorraumst. 45, Weißer-Spiegel 12,

14 u. 16, Trumeausp. 50, Stühle 8 u. 4,

mit Rohrlehne 5, echt nuss. Kleider-

stühle 54, billige Wasch-

tische, Küchen u. Waschtische bei

Ziener, Emilienstraße 46, I., II.

5. Et. Nähe der Windmühlenstraße.

6. Et. verl. Schränke mit 2 Bett. so-

zu v. 30. Freigestr. 19, III., Ecke Walde-

werkstatt mit Schuppen zu vermieten

Anger, Martinistraße 8, II.

Kleines Logis sucht j. Ehepaar, mögl.

Osten. Ost. B. Vogelsblawir. 19, p. r.

Fogierer zugelassen, Markt 5858. Ab-

Lindenau, Karlstraße 28, Winkler.

Erläuterte Deutsche Lebensversicher-

ung - Aktien - Gesellschaft (Versicher-

ungen gegen wöchentl. Beiträge von

10 Pf. an) sucht allerso geeignete

herren als

Agenten

gegen hohe Provision und Bilden.

Gen. off. unter B. P. 981 wird an

"Invalidendank", Leipzig, erh.

Korbmother sofort gesucht

Erläuterte Deutsche Lebensversicher-

ung - Aktien - Gesellschaft (Versicher-

ungen gegen wöchentl. Beiträge von

10 Pf. an) sucht allerso geeignete

herren als

Schuhmacher

für Auspukerei suchen Greve & So.

Schuhfabrik, Leipzig, Kürze Str. 10.

10—12 Ofensetzer

bei gut lohnender Arbeit gesucht.

Schmidt, Kleinwohner

3729, Hermannstraße 6, pt.

Kräf. Arbeitsbüro, 14—15 Jahre er-

sofort gesucht. Eslchter Schenkerdorffstr. 1.

Eine vernende sowie eine harde

Frauendienst gesucht.

Sidonienstraße 28, II.

7 Mon. alt. Kind w. möglich über in lieben,

gegeben. Reudnitz, Augustenstraße 1, o.

Wäsche zum Wäscheln wird angenom-

men. Lindenau, Josephstraße 42, III.

Wäsche zum Wäscheln wird angenom-

men. Gottmarsdorf, Konradstraße 68, II.

Wäsche wird sauber und billig ge-

geben. Reudnitz, Gemeindestraße 11, Hof r.

I. Beilage zu Nr. 90 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, den 21. April 1898.

Der spanisch-amerikanische Konflikt.

Das Ultimatum. Krieg vor der Thür.

Washington, 20. April. Mac Kinley unterzeichnete heute vormittag 11 Uhr 20 Min. die Resolution des Kongresses. Eine Abschrift des Ultimatums wurde dem spanischen Gesandten überreicht, der daraus hin seine Pässe verlangte. Sie in dem Ultimatum Spanien zur Beantwortung gestellt. Ganz läuft bis Sonnabend mitternacht ab.

Der spanische Gesandte in Washington erklärte, Ministerpräsident Sagasta werde das Ultimatum nicht beantworten, sondern dem nordamerikanischen Gesandten Woodford in Madrid die Pässe zurücksenden, um so den Vereinigten Staaten das Odium des Kriegsbegins zu überlassen. Dem Ausbruch der Feindseligkeiten sieht man für den Anfang der nächsten Woche entgegen.

Eine Friedenskundgebung.

Die New Yorker Handelskammer hat noch einer Rede des bekannten Deutscher Amerikaners Karl Schurz beschlossen:

Die Handelskammer schaut nicht vor den Opfern, Wäschafallen und Unannehmlichkeiten, die ein Krieg mit sich bringt, zurück, wenn der Krieg für die Sicherheit oder Ehre der Republik bringt es erforderlich ist. Aber sie glaubt, daß ein Krieg mit seinen unberechenbaren Schrecken und seinem Elend, wenn ohne zwingende Notwendigkeit hervorgerufen, nicht nur eine Kalamität, sondern ein Verbrechen ist, ein Verbrechen, vor dem das menschliche Gefühl zurückstehen muß. Die Handelskammer will den Präsidenten in seinem Bestreben, den Frieden zu erhalten, patriotisch unterstützen. Keine Kaperei! Die Maßregeln der Union regierung!

Washington, 20. April. Offiziell wird bekannt gegeben, die Vereinigten Staaten werden im Falle des Krieges nicht zu dem Mittel greifen, Kaperbriefe auszustellen.

Es wird angekündigt, die Regierung werde bei Ausbruch des Krieges folgende Bestimmungen erlassen: 1. Neutral Flagge des feindlichen Gutes, mit Ausnahme von Kontierbande; 2. Neutrales Gut, das nicht Kontierbande ist, unterliegt der Konfiskation nicht, selbst unter feindlicher Flagge; 3. Blockaden müssen, um bindend zu sein, thalsächlich durchgeführt werden.

Der spanische Gesandte Bernabe und die Mitglieder der Gesandtschaft werden Washington heute abend 7 Uhr verlassen. Dem diplomatischen Gebrauch entsprechend, wird das Ultimatum nicht veröffentlicht werden, bevor es in den Händen der spanischen Regierung ist. Es ist jedoch Thatache, daß der Präsident eine Abschrift der Beschlüsse des Kongresses mit einer Note überwandt hat, in der er erklärt, er habe die Resolution des Kongresses unterzeichnet und verlange, daß Spanien dem Wortlaut dieser Beschlüsse entsprechend, seine Truppen und Schiffe von Cuba und aus den cubanischen Gewässern zurückziehe. Ein bestimmter Termin für die Rückziehung wird nicht angegeben, aber es wird hinzugefügt, falls bis nächsten Sonnabend nicht eine befriedigende Antwort eingegangen sein sollte, werde er, der Präsident, sofort die Resolution des Kongresses zur Ausführung bringen lassen.

Der amerikanische Gesandte Woodford hat noch keine Abschluß erhalten, Madrid zu verlassen. Er wird voraussichtlich bis Sonnabend dort verbleiben, um der spanischen Regierung die Möglichkeit zur Antwort zu geben.

Das Repräsentantenhaus nahm ohne besondere Abstimmung eine Vorlage an, durch die der Präsident ermächtigt wird, freiwillige auszurufen.

Vorbereitungen zum Kampf.

Wie der New York Herald meldet, sind alle Vorbereitungen getroffen, um die Operationen der Vereinigten Staaten in dem Augenblick in Angriff zu nehmen, wo der Spanier bewilligte Aufschub für die Antwort auf das Ultimatum abgelaufen ist. Eine sofortige Blockade der Häfen von Cuba und Portofino sei beschlossen worden. Auch sollen Maßnahmen getroffen werden für die schnelle Mobilisierung einer Armee zur Belebung Cubas. In der Meldung heißt es ferner, daß Schild, daß die Worte: Bureau der spanischen Gesandtschaft trägt, sei am 20. April von der Thür der Gesandtschaft entfernt worden.

Rüstungen.

New York, 21. April. Die Regierung mietete 15 große Transportschiffe, die in einer Fahrt 15000 Mann befördern sollen.

Zur Ausbringung der Kriegslosen dürfte eine neue

Einkommensteuerbill eingebracht werden, da die angeregte Steuer auf Kaffee, Öl, Petroleum u. a. wenig Anhang findet. Eine empfindliche Störung namentlich in Eisenwaren und Luxusartikeln macht sich schon bemerkbar.

Als die Unterzeile der Resolution Mac Kinleys bekannt wurde, erregte sie in beiden Häusern des Kongresses großen Jubel. Die Vorlage, betreffend sofortige Einberufung von 80000 Freiwilligen, soll heute noch gelesen werden. Der Führer der revolutionären Bewegung auf Cuba, Palma, wurde nach Washington zu einer Konferenz mit dem Kommandeur der regulären Armee, General Miles, berufen. Palma hat an mehreren Kriegen auf Cuba teilgenommen und kennt die Insel. Die cubanische Junta hier interpretiert die Konferenz als die thalsächliche Anerkennung der cubanischen Republik.

Was die Spanier melden.

Havana, 20. April. Der General Berthold traf mit zwei Bataillonen hier ein. Man bedauert die Einstellung der Feindseligkeiten in den östlichen Bezirken, in denen die Spanier ausgezeichnete Erfolge erreicht hatten. Ein Chef der Aufständischen, Velhoconce, nahm den Waffenstillstand an.

In Santiago haben sich alle Einwohner, selbst die Schwarzen und Mulatten, entschlossen, an der Seite der Spanier zu stehen. Einige herborrende Führer der Aufständischen werden sich den Spaniern im Kampf gegen die Vereinigten Staaten anschließen. Smeilen die spanischen Depeche.

Madrid, 20. April. Die spanisch-offizielle Agentur Habra meldet: Marshall Lopez Dominguez erklärte auf ihr Befragen, er glaube, die cubanischen Aufständischen würden schließlich gemeinsame Sache mit den Spaniern gegen die Yankees machen; die Admirale Böranger und Butler hätten gedroht, man dürfe das größte Vertrauen auf die spanische Flotte setzen; der Marineminister sprach sich in gleicher Weise aus.

Die Cortes werden sich sofort konstituieren und wenn nötig die Nacht über beraten. Senatoren und Deputierte aller Parteien schließen sich entschlossen, die Praktiken der Vereinigten Staaten energisch zurückzuweisen und alle für den Krieg notwendigen Kredite zu bewilligen.

Telegramme aus Havanna berichten, daß überall großer Enthusiasmus unter der Bevölkerung gegen die Yankees herrsche. Eine Invasion werde auch nicht so leicht sein, wie die Amerikaner glaubten. Abgesehen von der regulären Armee seien 88000 Freiwillige entschlossen, das Land zu verteidigen.

Über die Bewegungen der spanischen Kriegsschiffe wird absolutes Stillschweigen bewahrt. Man glaubt, der erste Zusammentost zur See werde an einer Stelle erfolgen, von der es am wenigsten erwartet werde.

In der spanischen Thronrede heißt es: „Wenn Spanien dem heiligen Vater für seine Intervention zu Gunsten des Friedens in diesen kritischen Augenblicken Dank schuldet, so ist es auch den europäischen Großmächten dafür verpflichtet, daß sie in ihrem freundhaften Verhalten und in ihren selbstlosen Ratschlägen unsere Überzeugung bestätigen, daß die Sache Spaniens die allgemeinen Sympathien und seine Haltung die einstimmige Billigung finden. Es ist jedoch möglich, daß das Allianz sich verwirkt und daß weder die Heiligkeit unseres Rechtes, noch die Mäßigung in unserem Verhalten, noch der ausdrückliche, in voller Freiheit und gegebene Willen des spanischen Volkes dazu dienen werden, die gegen das spanische Vaterland entsetzlichen Heidschäften des Hasses in Schranken zu halten. Ich habe daher für den Fall, daß dieser hohermäßige Augenblick eintritt, wo Recht und Gerechtigkeit keinen anderen Schutz finden, als den Mut der Spanier und die herkömmliche Härte unseres Volkes, die Einberufung der Cortes beschleunigt, deren letzte Entscheidung ohne Zweifel den unerlässlicheren Entschluß meiner Regierung funktionieren wird, unsere Rechte zu verteidigen.“

Wie groß auch das Opfer sein mag, welches dafür von uns gefordert wird, ich werde mich mit der Nation identifizieren und meine Pflichten erfüllen, die erfüllen zu wollen ich beim Unterricht der Regierungshäuser geschworen habe. Mein Mutterherz vertraut darauf, daß das spanische Volk sich um den Thron meines Sohnes scharen und ihm mit unüberwindlicher Gewalt folgen wird, bis die Zeit kommt, wo es meinem Sohne vergönnt ist, persönlich die Ehre der Nation und die Integrität des vaterländischen Gebietes zu verteidigen. Zu diesen schwerwiegenden Vorgängen, die Ihre Ausmerksamkeit jetzt über das Meer nach Westen lenken, gefällt sich in diesem Augenblick noch der Zustand auf unseren Besitzungen im fernen Osten. Die Philippinen, deren Unterthanen-

trene durch eine erste, aber glücklich niedergeschlagene Erhebung auf die Probe gestellt worden ist, leiden noch unter den Folgen dieser tiefgehenden Bewegung; um diese zur Ruhe zu bringen, und um die Ursache des Uebels zu beseitigen, wird die Regierung Ihnen wichtige Vorlagen machen.“

Ein Trinkspruch. — Die Wahrheit über Cuba.

London, 20. April. Der nordamerikanische Botschafter in London sprach in Beantwortung eines Toastes auf das diplomatische Corps bei dem alljährlichen Osterbankett im Mansionhouse in warmen Worten von der Verbündtheit zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, die vereint seien im Dienste der geheiligten Mission der Freiheit und des Fortschritts.

Die Times melden aus Havanna vom 17. April: Die Behauptungen, daß die Cubaner bereit seien, an der Seite der Spanier gegen Amerika zu fechten, seien absolut grundlos. Der Waffenstillstand habe vollkommen Fiasco gemacht. Die Insurgenten weigerten sich, ihn anzunehmen. Die Wiedergabe der spanischen Behörden, daß die Feindseligkeiten eingestellt seien, sei unwahr. Die spanischen Truppen sollen ihre Operationen gegen die Insurgenten gerade so fortsetzen, wie vor der Bekündung des Waffenstillstandes. Die Truppen hätten gestern an verschiedenen Punkten Pinar del Rio die Aufständischen angegriffen.

Die Wirkung des spanisch-amerikanischen Konflikts auf die Getreideversorgung.

Die Weizenpreise haben in der letzten Woche sich für die Tonnen von 20 Centavos um nicht weniger als 12 Mt. erhöht. Diese Preiserhöhung ist nicht ganz ohne Zusammenhang mit der Aufrüstung der spanisch-amerikanischen Entwicklung. Mehr noch befürchtet man, daß die Kaperei eine gewisse Unsicherheit für den Seeverkehr veranlassen werde. Auch soll der Kriegsfall manchen amerikanischen Verkäufer auf Grund seiner kontinentalen Kriegsfaulsel von der Lieferung des früher verkauften abhalten. Endlich rechnet man mit der Möglichkeit, daß amerikanische Häfen zeitweise blockiert werden. Freilich wird der Haupttransport der amerikanischen Getreideausfuhr auch jetzt von Schiffen anderer Nationen besorgt. Da aber die Möglichkeit einer Versicherung auch dieser Schiffe durch Kaperausfälle nicht ausgeschlossen gilt, so haben die europäischen Importeure meist ihre zu erwartenden Sendungen auf den Kriegsfall versichert, und auch etwaiger Schaden infolge blockierter Lieferung durch Hafenblockade ist vielfach zur Versicherung gebracht worden.

Um seinen Finanzen aufzuhelfen, soll der Frankfurter Zeitung infolge nach einem in Berlin politischen Kreisen auftauchenden Gericht Spanien an die Versicherung von Kolonien denken und England die Versicherung der Philippinen angeboten haben.

Letzte Nachrichten.

Die Times melden aus Havanna: Der für die spanische Regierung zugängige Kohlevorrat auf Cuba umfasste 80000 Tonnen.

Der Specialcorrespondent des Daily Telegraph in Key West (Florida) meldet: 23 Schiffe der amerikanischen Flotte, Kar zur Ultim, erwarten unter Damy den Befehl zum Auslaufen noch Havanna. Die ganze reguläre Armee wird jetzt bei Chickamanga-Mobile, New Orleans und Tampa konzentriert sein.

Aus dem Landtage.

r. Dresden, 20. April. In der 2. Kammer wurden heute ohne Diskussion für Errichtung von Bauareal in Leipzig 907800 M., für Entschädigung an Gemeinden für Übernahme städtischer Plaster- und Straßentrecken in eigene Unterhaltung 600000 M. und für planmäßige Fortsetzung der Elbstrom-Korrektionsbauten 400000 M., wie im außerordentlichen Etat vorgesehen, bewilligt. Ferner beauftragte man durch einen gleich der 1. Kammer gesetzten Befehl die Regierung, in den nächsten außerordentlichen Etat für 1900/1901 eine Summe einzustellen, von der ein Anbau zum Schutz der goldenen Pforte am Freiberger Dom ausgeführt werden soll. Dagegen stimmten die sozialistischen Abgeordneten Fröhlich und Stolle.

Eine Petition der Gemeinden Mühsen und Oberkalen um Erhöhung der vom Staate zu gewährenden Löhne für Schneidersarbeiter ließ man gegen 14 Stimmen auf sich beruhen. In der Vorberatung war der Deputation empfohlen worden, die Petition möglichst zu berücksichtigen. Die Deputation hat sich aber dem Beschuß der 1. Kammer angeschlossen.

ein wenig in die Höhe gehoben werden, so daß man für einige Sekunden die „Dossous“ (die Unterröcken ic.) sehen kann. Selbstverständlich lachen die Damen nur darüber und schenken höchstens ein wenig auf den ungezogenen Wind. Aber die hohe Polizei lädt nicht, sie findet die Sache höchst unmoralisch, untersucht, in welcher Kleidung die Damen in England radfahren, und nach gründlicher Untersuchung veröffentlicht die hohe Obriete folgenden Uta: Frauen, die in den Straßen der Stadt Rad zu fahren wünschen, sollen mit englischem Jackett bekleidet sein und entweder „rational dress“ (vernünftige Kleidung) in Bezug auf Beinkleider oder eine Reformtracht tragen, wo Taille und Rock zusammenhängt und leichter zusammengehalten werden kann, so daß eine Art Beinkleider entstehen. Da eine solche Tracht 14–18 Pfund kostet, gab es viele, die über die neue Bekleidung sehr traurig waren. Es ist wirklich kein bedeutendwertes Los, in Ruhland Radfahrerin zu sein.

— Den Zeitungsredakteuren in Norwegen ist das Recht zu freien Stellen auf den norwegischen Staatsbahnen bewilligt worden. Vor einiger Zeit waren die norwegischen Journalistenvereine des treffs freier Presse bei dem Minister für öffentliche Arbeiten Lövland vorstellig geworden, und dieser will nun die Verwaltung der Staatsbahnen anwählen, jeder norwegischen Zeitung eine zu freien Stellen auf den Staatsbahnen berechtigende Fahrkarte auszustellen, so daß also etwa 180 solcher Fahrkarten zu erstellen wären, denn so viele Zeitungen ungefähr steht es in Norwegen. Vorauseitung bei dieser Vergünstigung jedoch ist, daß die Freikarten nur zu Reisen benutzt werden, die in Zeitungsangelegenheiten erfolgen, sowie daß die Journalistenvereine eine Überwachung ausüben und Missbrauch nicht getrieben wird. Ferner will sich der Minister für öffentliche Arbeiten auch noch an die staatlich unterstützten Dampferlinien wenden, um auch diese zur Vergabe von Freibillets für die Presse zu veranlassen; die Dampfschiffverbindungen spielen in Norwegen eine außerordentlich große Rolle. Beispieldeweise besteht zwischen den beiden größten Städten Norwegens, Christiania und Bergen, noch immer keine Bahnbinding, sondern der ganze Post-, Personen- ic. Verkehr geht längs der Küste mittels Dampfer von statthen, was beinahe zwei Tage dauert. Dazu kommt dann noch der ganze Nordlandsverkehr, denn das norwegische Bahnhof endet in Drontheim. Die schwedische Regierung hat den Redakteuren in Schweden ähnliche Vergünstigungen gewährt, indem ihnen für Reisen in Zeitungsangelegenheiten halbe Preise zugeschanden wurden.

Kleine Chronik.

Leipzig, 21. April.

Berliner Theaterblatt. Aus Berlin wird uns vom 20. April geschrieben: Alte, billige, harmlose Scherze über die Soldatenkakerelie in den sogenannten Bürgerwehren bilben den Inhalt und die Tendenz der neuesten Novität des königlichen Schauspielbaues: Anno dazumal, ein deutscher Schwank in drei Aufzügen von Carl Gottlieb Reutling.

Herr Peter Winkelhuber, Ratsschuhbindermeister und Major der Bürgergendarmerie in einer „freien deutschen Reichsstadt“, liebt sein Bildhül, die häßliche Grete. Diese aber will von dem Alten nichts wissen und hat ihr Herz dem Sohne Fritz, einem flotten Buchbindergesellen und Bürgerjäger, geschenkt. Fritz hat sich nun eines schweren militärischen Vergehen schuldig gemacht, er hat seinen Posten auf der Thorwache verlassen, um Jungfer Grete während eines Gewittersturmes nach Hause begleiten zu können. Diese That führt ihn vor das Kriegsgericht, dessen Vorsitzender Papa Winkelhuber ist. Dem Alten kommt die Sache natürlich sehr gelegen: er wird seinen Sohn und Nebenbuhler für einige Wochen einsperren lassen und inzwischen das Herz der lieben Grete erobern. Brutus Winkelhuber beantragt daher gegen den militärisch misstrauten Sohn die Anwendung der „Strenge des Gesetzes“. Zum größten Schrecken des gewöhnlichen Kriegsgerichts verhindert darauf der Richter, daß das in Verhandlung stehende Verbrechen nach § 747 mit dem Tode zu bestrafen sei. So war es nicht gemeint, und man entschließt sich flugs, Gnade vor Recht ergehen zu lassen und die Todesstrafe in sechs Wochen „Turm“ zu verwandeln. Aber man hat die Rechtsanwendung ohne den Jüngsten Fritz gemacht. Dieser erklärt klipp und klar, ohne seine Grete sei ihm das Leben nicht wert, er bestehne auf seinem Recht und verlange, erschossen zu werden. Nach längerem Hin und Her sieht sich Vater Winkelhuber schließlich genötigt, auf die Hand der Grete zu Gunsten seines lebensmüden Sohnes zu verzichten, worauf Fritz den Grobmütigen spielt und die Begnadigung annimmt.

Der kindliche, oft kindliche Humor bezüglich angelegten und sauber gearbeiteten Stükken erregte das Wohlgefallen unseres Hoftheaterpublikums in hohem Grade. Herrn Reutling aber, der einst mit redlichem Beifall nach litterarischen Ehren sircete, kann man „... diesem Erfolge nicht gratulieren. Der dankbare Stoff, der in

geschildert, straffer Behandlung einen flotten Einakter hätte abgeben können, ist unter seinen pedantischen Händen zu einer satten Wasserkomödie aussehanderklärt, die überdies in witzloser, geschmacklos übertriebener Karikatur der Personen und Zustände altes Menschenmöglichkeit leistet.

J. S.

— Mädchengymnasium in Dresden. Mitglieder der beiden freilinigen Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses haben folgende Interpellation eingebracht: Welches sind die Gründe, aus denen die spanischen Behörden die Genehmigung zur Errichtung eines von den städtischen Behörden in Dresden beschlossenen Mädchengymnasiums versagt hat?

— Über Mischchen in Preußen gibt eine neue amtliche Statistik Aufschluß. Danach wurden in Preußen am 2. Dez. 1895 128060 Mischchen zwischen evangelischen Männern und römisch-katholischen Frauen und 150865 Mischchen zwischen römisch-katholischen Männern und evangelischen Frauen gezählt. Es bestanden also 278484 Mischchen. Von diesen waren 59181 ohne Kinder und 219258 mit Kindern. Die Zahl der Kinder aus diesen Mischchen betrug 69793. Von ihnen waren 88294 evangelisch, 284645 katholisch, 229 gehörten anderen christlichen Bekennissen an, zwei waren Juden und 95 anderer oder unbekannter Religion. Die Zahl der evangelischen Kinder aus den Mischchen übertrifft also die der katholischen um rund 68000. Im allgemeinen nimmt man an, daß die Kinder der Konfession des Vaters, die Mädchen der Mutter folgen. Ausnahmen von dieser Regel sind aber vorhanden. 81048 Kinder evangelischer Väter werden evangelisch und 58907 katholisch erzogen. Umgekehrt sind 84880 Kinder katholischer Väter evangelisch und 74180 katholisch. Bei den Mädchen aus Mischchen mit römisch-katholischer Mutter findet man 78403 evangelische und nur 65251 katholische. Von den Mädchen evangelischer Mütter werden 92707 evangelisch, dagegen 68490 nach dem Vater katholisch erzogen. Hieraus ergibt sich folgender Einfluß des Vaters in Mischchen auf die Konfession der Kinder: Von evangelischen Vätern folgten 59 Prozent der Kinder und 58 Prozent der Mädchen, von katholischen Vätern folgten 46,6 Prozent der Kinder und 42,4 Prozent der Mädchen.

— Die hohe Polizei lädt nicht. Der Zeitung des deutschen Rabbinerbundes wird aus St. Petersburg berichtet: Wenn der Wind über die Hauptstraße unserer Stadt, den Revoli-Prospekt faust, kann es geschehen, daß die Nöte einer rabfahrenden Dame

Außerdem wurden noch von zwei Privatleuten eingereichte, auf Privatangelegenheiten sich beziehende Petitionen erledigt.

Wilhelm Liebknecht über die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Die Nachricht, daß in der vom Wahlverein für den XII. sächsischen Reichstagswahlkreis einberufenen Volksversammlung Wilhelm Liebknecht sprechen würde, hatte gestern Tausende von Menschen nach dem Pantheon gelockt. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war das Lokal gefüllt. Die Polizei sperre den Saal, und Hunderte mußten wieder von dannen ziehen, ohne den Alten gehört zu haben.

In großen Saale des Pantheon herrschte eine furchterliche Enge. Das kleinste Plätzchen wurde ausgenutzt. Kopf an Kopf sah man erwartungsvolle Zuhörer auf den Galerien, und im Saale und den Seitengängen stand und saß man dichtgedrängt. Es mögen im ganzen etwa 2000 Personen in dem verhältnismäßig kleinen Saale Platz gefunden haben.

Gegen 7.9 Uhr erschien Wilhelm Liebknecht und wurde mit brausendem Hoch begrüßt. Genosse Geyer eröffnete mit wenigen Worten die Versammlung und dann betrat, frisch und kräftig, der Alte die blumengeschmückte Rednertribüne, wieder aufs herligste begrüßt.

Die wichtigste Wahl, führte der Redner aus, seit der Gründung des neuen Reiches steht vor uns. Die Verhältnisse haben sich so ausgespielt, daß für die herrschenden Parteien selbst der Moment gekommen ist, wo sie für ihre Existenz kämpfen müssen. Deshalb kämpfen sie vor allem gegen das allgemeine Wahlrecht an. Erhalten sie im kommenden Reichstage die Mehrheit, dann verlieren wir das Wahlrecht, die Arbeiter werden entmündigt und verlieren das Koalitionsrecht. Die Debatten, die im Reichstage über den Posadowsky'schen Erfolg geführt sind, haben ja zur Genseite gezeigt, was die Reaktion plant und was aus dem sozialen Kaiserium geworden ist. Man hat uns gefragt, die Sozialdemokratie habe den Kaiser bestellt, indem sie die Hand des Kaisers abgewiesen habe: hat er sie hingestellt? Zwei Strömungen beherrschten unter modernes Leben: der Kapitalismus und der Sozialismus. Wollte man aus dem sozialen Kaiserium Ernst machen, dann mußte man sich auf die Sozialdemokratie stützen. Stattdessen hat man sie bestimmt. Eine wirkliche Umgestaltung der Verhältnisse ist nur möglich von unten herauf. Wie war es bei dem deutschen Kaiser? Vor 50 Jahren wurde der Versuch einer Einigung von unten heraus unternommen, er gelang nicht. Dafür haben wir nun die Einheit von oben. Preußen hat über Österreich gesiegt. Aber die Frage ist nicht gelöst. Die Folge von 1866 war 1870, wodurch der Schwerpunkt von Paris nicht nach Berlin, sondern nach Petersburg verlegt wurde. Aus dieser Entwicklung resultieren der Weltkrieg Deutschlands und Frankreichs in militärischen Rüstungen und die Fortschritte Russlands. Dies die Folgen der nationalen, der Bismarck'schen Politik. Die deutsche außwartige Politik ist einflußlos geworden. Alles spielt sich zu auf einen Wettkampf zwischen England und Russland. Beim griechisch-türkischen Konflikt hat Deutschland gar keine Rolle gespielt, gar keine Fähigkeit gezeigt, dort einzutreten.

Nun kommt man mit der Flottenfrage. England hat aus Überwillen gegen den militärischen Geist sein Militär, es hat seine Flotte. Dafür haben wir das größte Heer. Es ist für uns unmöglich, mit der englischen Flotte zu rivalisieren oder mit der vereinten russischen und französischen. Wir brauchen die Flotte, sagt man, damit der deutsche Seehandel geschützt wird. Über der Handel entwickelt sich auch ohne das. Man vergleiche die Vereinigten Staaten, die auch keine Flotte haben. Wer bedroht denn unseren Handel? Hauptfache ist, daß der Kapitalismus neue Kapitalgründe braucht und sie in den Kolonien sucht. Mit Samoa hat es angefangen, dann kam Afrika an die Reihe und nun versucht man im Schlanke von China. Die jehige Kolonialpolitik ist nicht bedeutsamer als der Anfang in Samoa. Ein starker Binnenhandel würde von größerer Bedeutung sein als Kolonien. In Afrika haben wir bisher nur Schmach und Schande gehabt. Schnapsgeist, Syphilis und Morbus ist unter dem Deckmantel des Christentums nach Afrika getragen worden. Man denkt an die Peters, Leist, Mehlau, China und Japan geraten aneinander. Die deutsche Politik tritt auf Seite Chinas und geht einen Dreiecksbund ein mit Russland und Frankreich, gegen die sich in Europa der Dreiecksbund wendet. Die Folge ist eine Schwächung des deutschen Harbels in Japan. Jetzt wird nun ein Kreuzzug gegen China intensiviert zur Verbesserung des Flottenkultus. Der Zweck wird erreicht. Die Flottenvorlage wird angenommen, die bürgerlichen Parteien fallen um.

Wo soll auch in Deutschland ein Bürgertum herkommen, das sich den halb mittelalterlichen Institutionen entgegenseit? Wir stehen noch vor Problemen, die günstiger situierte Nationen schon im 17. Jahrhundert erlebt haben. Wir haben nicht bloß die soziale Frage, sondern auch die politische: wir haben auch gegen die Verkümmерung der bürgerlichen Freiheiten zu kämpfen. Dieser Kampf hat die Sozialdemokratie zu führen. Man hat uns gefragt: Nur das Christentum kann die soziale Frage lösen. Das Christentum hat 1800 Jahre Zeit gehabt und nicht erreicht. Ähnlich beim Kampf um die bürgerlichen Freiheiten. Das Bürgertum hat nach viel kargerer Kampfzeit die Fäuste ins Korn geworfen. Jetzt haben wir die Fahne auf, die das Bürgertum im Stiche gelassen hat. Wie war das Bürgertum im Jahre 1848? Es hatte Angst von Anfang an. Wohl wir die Fahnen tragen und wo wir schließen, da ist es ernst. Jetzt giebt die Bourgeoisie in Frankreich Anarchiesiege, dichtet Anarchisten, huldigt der schwachmilitärischen Reaktion. Der dritte Stand von chemals ist nicht mehr da. Dafür der Kapitalist, der seinen Feind nicht mehr über sich sieht, im Adel, sondern gewissermaßen unter sich, im Proletariat. Die Bourgeoisie ist realistisch, in Frankreich wie in Deutschland.

Herr Miquel predigt eine Politik der Sammlung. In Sachsen haben wir sie schon lange. Wir kennen den Ordnungskrieg. Jetzt soll er auch im übrigen Deutschland durchgeführt werden. Die Parteien, die Herr Miquel schon hatte, hat er bekommen, neue hat er nicht gewonnen. Die Folge der Sammlung ist allgemeine Verwirrung vor der Wahl. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die weiß, was sie will. Sie ist daher auch die erste, die mit einem Wahlprogramm auf dem Plan erschienen ist und den bürgerlichen Parteien einen Knochen vorgeworfen hat, an dem sie fallen können.

Man wirft uns vor, wir verhüllten unsere Ziele. Das hat die Sozialdemokratie nie getan. Redner erörtert dies an der Frage der Vereidigung und des ehemals Vohngesetzes. Man spricht von Maisterung der Sozialdemokratie. Der Ausdruck ist merkwürdig, heißt es sich maistern, wenn man einen neuen Rock anzieht? Man hat Neuerungen, die einzelne Genossen gethan haben, ins Feld geführt. Wenn aber Genosse X eine Dummheit sagt, so brauchen die anderen, braucht die Partei sie noch nicht mitzunehmen. Kompensationspolitik soll vorgeschlagen sein, die Bewilligung von Militärforderungen gegen Gegenseitigkeiten. Wenn ein Genosse das gefagt hat, kennt er weder die Theorie noch die Geschichte der Partei. Das wir nicht sofort entwaffnen können, wissen wir, wir wissen aber auch, daß wir sofort den Übergang zum Militär machen werden.

Während die anderen Parteien nach einem Programm suchen, sind wir die einzigen, die raus heraus sagen können, was wir wollen, die mit reinen Händen in den Kampf ziehen. Kann etwa die konervative Partei sagen, daß sie Aufhebung der Freizügigkeit und Leibeigenschaft will? Sie kann es nicht, trotzdem sie das will. Der deutsche Konservative ist von ganz anderer Art als der englische. Der deutsche Konservative ist eine bunte rückständige überflüssige Rasse. Der Kapitalismus braucht ihn nur als Kämpfer gegen die Sozialdemokratie. — Das Centrum hat sich bei der

Flottenfrage gespalten. Aber damit ist es noch lange nicht umgebracht. Es wird so lange existieren können, als wir eine unfähige Regierung haben, die ihm die Flottenbedingungen bietet. Freiheitliche Partei? Was ist das? Richter, Richter, Barth u. s. m.? Männer, die an den Kräften der Sozialdemokratie in den Reichstag gekommen sind. Es ist lächerlich, wenn sie uns den Krieg erklären wollen.

Für Leipzig kommt als Gegenkandidat nur in Frage Herr Hassé, der für die Weltpolitik eingetreten ist. Für diese Weltpolitik, für Altbayernland und wir wir haben. Sozialstaatlichkeit und Militärmus haben in den letzten Jahren die meisten Auswanderer nach dem Ausland getrieben. Deutsche Kolonien hätten sie nicht ausgeschaut, denn sie haben keine Lust, das deutsche Gespänk mit einem Kolonialgespank einzutauschen. Wir wollen eine wirkliche Sozialreform, die die Umgestaltung der Verhältnisse vorbereitet. Mit Gütern, Kanonen und Schiffen ist nichts zu erreichen. Wir kämpfen in Deutschland kämpfen und arbeiten.

Die Sozialdemokratie ist stark und unbeweglich, so lange sie sich treu bleibt. Die abweichenden Neuerungen einzelner sind nicht ernst zu nehmen. Das Bewußtsein des Klassencharakters ist so stark in der Partei, besonders in den Massen, daß es nie schwanken wird. Leipzig ist immer mit an der Spitze gegangen. Die Leipziger Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß von der bewährten Vohn nicht abgewichen wird. Leipzig wird auch helfen, daß die Konsuln keine Dummheiten machen. Von den Leipzigern ist zu erwarten, daß sie auch hier mit an der Spitze marschieren werden. Den Standpunkt, den sie bei den Landtagswahlen eingenommen haben, habe ich vollständig gebilligt. Unsere Partei ist keine bürgerliche Partei, das muß festgehalten werden. Verlassen wir den Boden dieses Principes, so ist Verbrüderung unvorstellbar. Aber dazu ist gar keine Aussicht. Die Partei lernt immer dazu und vergibt nicht, was geschehen ist. Wir lernen und lernen und sind stets bereit, unsere Taktik zu ändern, wenn der Feind seine Truppen anders aufstellt. Aber das Ziel bleibt fest. Dass wir bei den Stichwahlen mit anderen für das kleinere Uebel zusammengehen, ist selbstverständlich, aber z. B. niemals gegen die freiheitliche Partei für das Unerträgliche.

Die Partei ist nie opferwilliger und tapferwilliger gewesen als dieses Mal. Sie weiß, was es gilt. Der beste Organisator des Sieges ist eine Organisation. Was eine Organisation wert ist, haben die Leipziger an dem Klubblatt ihrer Presse gesehen. Bei den Wahlen gilt es hauptsächlich zu organisieren, um den Standorten durchzubringen. Sehr hat da zu helfen. Die Leipziger haben ihre Organisation in dem Wahlvereine. Treten Sie der Organisation bei und bringen Sie den Kandidaten durch.

Die Rede wurde mit nürrigem Beifall aufgenommen. Zur Diskussion meldete sich niemand. Nachdem noch Genosse Schulz die Losalfrage berührt hatte und Genosse Geyer aufgerufen hatte, für die Presse häufig zu sein, schloß Geyer die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetenraume.

(Sitzung vom 20. April 1898.)

Die Tagesordnung wies nur weniger wichtige Gegenstände auf. Das Hauptinteresse der Sitzung richtete sich auf einen von sozialdemokratischer Seite eingebrachten schlesischen Antrag, der sich auf

die Wohnungsnutzung in Leipzig

bezog. Der mit 15 Unterschriften versehene Antrag lautete:

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, wie im Frühjahr 1897 auch im Frühjahr 1898 eine anhörenden Zahlung der leerstehenden Wohnungen vorzunehmen und dem Kollegium eine Vorlage über die Kostendeckung zugehen zu lassen.

Stadt. Pöllendorf begründete den Antrag wie folgt: Für den Antrag, auch in diesem Frühjahr eine außerordentliche Zahlung der leerstehenden Wohnungen vorzunehmen, sprachen in nur noch höherem Grade dieselben Gründe, die der Rat für seine vorjährige Vorlage geltend gemacht habe. Die Ware Wohnung sei gegenwärtig eine so rare geworden, daß nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage eine für die minderbemittelten Klassen schwer fühlbare Mietssteigerung eingetreten sei, die in weiten Kreisen eine hochgradige Erregung, Unruhen und Unbehaglichkeit hervorgerufen habe. Angeichts dieses Umstandes sei mindestens die Aufgabe der Stadtverwaltung, die gegenwärtige Lage des Wohnungsmarktes genau feststellen zu lassen. Wie aus der bisherigen Statistik, die soeben im Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig von Prof. Hassé veröffentlicht worden, hervorgeht, war der im Jahre 1891 vorhanden gewesene Vorrant von 5396 leeren Wohnungen bereits am 1. November 1897 durch den den Zuwachs neuer Wohnungen übersteigenden Mehrverbrauch bis auf 762 leere Wohnungen aufgebracht. Davon waren aber 467 Wohnungen mit 3 und mehr heizbaren Zimmern, während es leere Wohnungen mit 1 und 2 heizbaren Zimmern, die allein für die arbeitenden Klassen in Betracht kommen, nur noch 263 gab. Von diesen 263 sind aber ein großer Teil mit Mängeln behaftet, so daß sie nicht bezogen werden können oder laut Gesundheitspolizeilicher Auordnung nicht bezogen werden dürfen. Der den Zuwachs neuer Wohnungen übersteigende Mehrverbrauch betrug 1893: 696, 1894: 676, 1895: 1071, 1896: 1547 und 1897: 612 Wohnungen. Der Mehrverbrauch würde im Jahre 1897 im Stadtgebiete unzweckhaft höher gewesen sein, wenn überhaupt noch genügend geeignete Wohnungen vorhanden gewesen seien würden, so aber möchte sich ein Abfall in die nicht zum Stadtgebiet gehörigen Vororte geltend, der bewirkte, daß bereits im Dezember 1897 in einer Anzahl Vororte, so in Altstädtendorf, Stünz, Probstheida, Döbeln, Gaußsiedlung, Großzschocher-Windorf überhaupt keine leeren Wohnungen mehr aufzutreiben waren. Zu berücksichtigen ist hierbei auch, daß die während der Ausstellung vorübergehend benutzten Wohnungen wieder bezogen sind und daß die Stadt Leipzig jährlich mit 3500—4000 Eheschließungen zu rechnen hat. Die Lage des Wohnungsmarktes werde von einem großen Teile der Haushälter in einer geradezu rigorosen, zuweilen sogar brutalen Weise zur Mietssteigerung benutzt. Die Durchschnittspreise der Wohnungen seien von 287 M. im Jahre 1890 auf 420 M. im November 1897 gestiegen, das ist eine Steigerung um 46 Prozent. Für die Stadtverwaltung sei es unter diesen Umständen eine ganz unabsehbare Pflicht, auch die in der neuesten Zeit, seit November v. J. eingetretene Entwicklung des Wohnungsmarktes feststellen zu lassen und geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. Diederer erfuhr um Annahme des Antrages und richtet an den Rat die Worte, diesen dann baldigst auszuführen.

Rangierat Jähne bedauert den Wohnungsmangel und will nicht gegen den Antrag sprechen. Er richte aber an den Vorordner das Erstehen, auf die sozialdemokratische Partei darin einzutwicken, daß von unmöglichen Arbeitsentstellungen absehen werde.

Stadt. Grenzel erfuhr darauf Herrn Jähne, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die unausgeführten Mietssteigerungen endlich eingestellt werden.

Stadt. Pöllendorf erwidert Rangierat Jähne, daß die

sozialdemokratische Partei als solche mit den Kreis nicht zu tun habe. Es sei Sache der Gewerkschaften, die sich bietenden besseren Konjunkturperioden auszunutzen und die Lebenshaltung der Arbeiter auf eine höhere Stufe zu bringen. Ohne diese Bemühungen der Gewerkschaften seien die Arbeiter gar nicht im Stande, die Mietpreise zu bezahlen, die ihnen jetzt von den Hausbesitzern abgenommen werden. Uebrigens sei die Verlängerung der Herstellungskosten eines Hauses durch höhere Vohnsteigerung nur infoweit, als die Verzinsung des Vohnaufschlags in Betracht komme.

Stadt. Ryssel bemerkte, daß die Wohnungspreise bisher einen zu tiefen Stand gehabt hätten. Die Hausbesitzer erreichten jetzt nur, was ihnen schon vor Jahren gebührt hätte. Zwischen den erfuhr er, der beantragten Statistik eine Übersicht über die jetzt im Bau begriffenen Wohnhäuser anzufügen.

Stadt. Hell: Für den früheren Zustand der Wohnungspreise sei der Beweis nicht erbracht worden. Wenn ein solcher in gewissem Grade auch gegeben werden sollte, so sei er doch nicht darüber gewesen, daß dabei die Rentabilität der Häuser in Frage gestellt gewesen sei. Wenn die Vertreter der Hausbesitzer die Schuld an den Mietsteigerungen auf den vorjährigen Maurerstreik abwälzen wollten, so sei das hinfällig. Durch die jüngsten höheren Löhne würden doch nicht die Kosten der alten Häuser gefeiert.

Stadt. Kanzleirat Jähne verwahrt die Hausbesitzer gegen den ihnen gemachten Vorwurf des mangelnden Gemeinsinnes. Bei allen Gelegenheiten hätten die Hausbesitzer ihren Patriotismus bewiesen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Dr. Wangemann sagt die von Herrn Ryssel gewünschte Übersicht über die Neubauten zu.

Bürgermeister Dr. Tröndlin erklärt, daß die Ausführung des Antrages keine Schwierigkeiten machen werde. Damit sei freilich noch nicht die schwierige Lösung der Wohnungfrage gefunden. Der Rat habe ihr fortgesetzt seine Aufmerksamkeit zugewendet. An manchen Orten seien in dieser Richtung schon Versuche gemacht worden, die aber nur zum kleinen Teil gescheitert, meist aber verunglückt seien. Die Schwierigkeit liegt namentlich in dem Umstände, daß wechselnde Bedürfnisse im Laufe kommen.

Der Antrag auf eine außerordentliche Statistik über den gegenwärtigen Stand des Wohnungsmarktes wird hierach einstimmig angenommen.

Im Rahmen der Tagesordnung wird die Rechnung des Gottesackerverbandes Niednitz, Neuenndorf, Ainger-Trotendorf und Neusellerhausen auf das Jahr 1896 richtig gesprochen.

Die Herstellung der Straße I der Peißnitz-Wall zwischen der Hobbach- und Wittener Straße mit einem Aufwande von 10180 M. wird genehmigt, ebenso die Überwölbung der Nitschke unter der Überbrückung der Eisenbahn mit einem Aufwande von 1890 M.

Nach einem freilichen Antrage des Kollegiums soll die Bürgerbrücke in Connewitz 1½ Meter breiter hergestellt werden als es der Rat ursprünglich geplant hatte. Der dadurch eintretenden Erhöhung der Baujumme von 21300 M. auf 22500 M. wird zugestimmt.

Eine Platzvorlage wird genehmigt, wonach 1. die Pflasterung einer 10 Meter langen Strecke der Blücherstraße versuchsweise mit Temperglockenplatten zu bewirken ist, 2. die von der Firma Groß u. Co. hier angebotenen Gab... edingungen mit vor Modifizierung anzunehmen ist, daß darüber, ob sich die Platten bewährt haben, allein das Urteil des Rates entscheidet, 3. die Kosten der Pflasterung aus den für die Asphaltierung der Blücherstraße verfügbaren Mitteln zu decken sind.

Für den Umbau von Beischleuse in der Schulstraße zu Voltmarisdorf und Neuschönfeld zwischen der Kirchstraße und dem Elster werden 1868 M. veranschlagt.

Den Antrag des Stadtverordneten Mönch, den Rat zu ersuchen, dem Kollegium eine Vorlage über eine Verschönerung der Anlage des vorderen Teiches im Rosenthal zu zulassen, empfiehlt der Oeconomic-Ausschuß, dem Rat zur Erwägung zur überweisen. Der Referent führt dazu aus, der Antragsteller habe im Ausschuß geltend gemacht, daß sein Antrag nicht allzu hohe Kosten erfordern werde. Von anderer Seite wurde im Ausschuß betont, daß das Rosenthal gerade das vermissen lasse, wonach es seinen Namen führe, nämlich die Rosen. Eine dritte Richtung wollte den Teich in seiner jetzigen Gestalt erhalten wissen. Sollte eine Veränderung erfolgen, müsse auch mehr Sorgfalt auf die Pflege der ganzen Anlage verwendet werden. Außerdem seien Anlagen projektiert am Napoleonstein, im Ausstellungspark, auf den Rieselschleifen und Veränderungen auf dem Marienplatz. Sollte sich der Rat dem Antrage anschließen, so sei es jedenfalls mit der Ausführung nicht so eilig.

Stadt. Mönch bemerkte, daß über die projektierten Anlagen nicht die inneren Anlagen vergessen werden dürften. — Stadt. Knappe meint, der Rosenthalsteich sei nicht mehr schön. Neben Nachtlagengefang erlöse dort Froschgequaque. In warmen Sommern stünde es bis zur Ratschule. Auch den Bäckern im Rosenthal, die 6700 M. Bröt zahlen, sei die Stadt eine Renovation des vorderen Teiles des Rosenthalsschuldig. — Stadt. Martin ist es unerfindlich, was die Befürworter des Antrages eigentlich an dem Teiche aufzufinden hätten. Er passe außerordentlich gut zur ganzen Scenerie. Sollten vielleicht Schilfampianzüngungen und eine Buche wilder Enten für Jagdliebhaber angelegt werden? — Bürgermeister Dr. Tröndlin betont, wenn im Rosenthal viele Rosen stehen sollten, müsse die Stadt, die einen Uhlenhorst besitzt, dort Guten halten. Eine natürliche Waldanlage sei ihm lieber, als eine künstliche Gartenanlage. Der Teich habe einen prächtigen Wasser- spiegel. — Der Ausschlußantrag wird darauf angenommen.

Zu den Eingaben des Vereins reichstreuer Männer für Sellerhausen und Umgebung, sowie des Hausbesitzervereins darstellt, betreffend die Herstellung der verlängerten Eisenbahnstraße von der Baumhaupt- bis zur Kirchstraße, wurde beschlossen: 1. den Rat zu ersuchen, dem Kollegium über die Lage der Verhältnisse in thatächlicher und rechtlicher Beziehung Auskunft zu geben; 2. die Beschlusshafung über die Eingaben auszusetzen bis zum Eingange der erbetenen Auskunft.

Dem Ratsbeschuß, 6000 M. zu Lasten des Städteverwaltungsunds zu veranlassen als Abfindungssumme für die Ansprüche, die der Eigentümerin des Grundstücks Nr. 27 der Gerberstraße für die von diesem Grundstück zur Gerberstraße abzutretende Fläche auf Grund von § 10 der Ortsbauregelung zu stehen, wird zugestimmt.

Dem Verkaufe von Areal an der Hobbachstraße an Kaufmann Salzmann und an der Ecke der Weißauer (Berliner) Straße an die Firma Börsig-Fahrrad-Industrie vormal Bruno Börsig wird nur unter der Bedingung zugestimmt, daß der

gebotene Kaufpreis von 18 Ml. auf 22 Ml. pro Quadratmeter erhöht wird.

Zur Einlegung der Wasserleitung in die Möllauer Straße in Stößig werden 1035 Ml. in den üblichen Bebauungsplan in Rennitz 1910 Ml. und in die Seitenstraße zu Gohlis 448 Ml. verwilligt.

Die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung an die Gemeinde Stößig wurde abgelehnt. Alle die Ratsvorlage stimmen nur die Sozialdemokraten. Stadt. F. Hell hatte für die Ratsvorlage gestimmt, daß die in Stößig wohnhaften Arbeiter meist im Leipziger Stadtgebiete arbeiten und daß die Stadt selbst ein Interesse an guten hygienischen Verhältnissen ihrer Nachbarschaft habe.

Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Aus den Ratsstungen. Die Pläne für die Weiterführung der Linie Lindenau-Thonberg der Großen Leipziger Straßenbahn nach Probstheida haben dem Stadte bereits vorgelegen. Ehe mit der Ausführung begonnen wird, ist noch die Zustimmung der Regierung notwendig, da die Linie über städtisches Areal hinausgeht. Die Weiterführung der Linie bis zum Südsiedhause ist in kurzer Zeit beendet.

Der von den Stadtverordneten gegebenen Anregung entsprechend, beschloß der Rat, die Kurprinzstraße noch in diesem Jahre asphaltieren zu lassen. Ferner soll noch in diesem Jahre ausgeführt werden die Fußwegherstellung in der Windmühlenstraße; im nächsten Jahre dagegen soll die Windmühlenstraße asphaltiert und auf den Teilen, wo dies die Verhältnisse erfordern, mit australischem Holze belegt werden.

Engelsdorf. (Gemeinderatsitzung vom 18. April.) Ein Geschäft des Vereins für innere Mission um Unterstützung des Frauenheims in Borsdorf wird abgelehnt. Frau Frohberger in Paunsdorf wünscht für diesen Ort Anstellung als Gebammie. Da wohl noch längere Zeit vergehen wird, ehe Engelsdorf mit Sommerfest einen Bezirk bildet, wird sie abschlägig entschieden. Für den Preis von 22 Ml. wünscht Herr Endertlein den Kosten an der linken Seite der Windmühle bis zur Möllauer Grenze abzufestigen, was ihm aber für diesen Preis nicht zugebilligt wird. Zu Königs Geburtstag einen Konzert, bez. Illumination vom Gemeinderat aus anzuregen, unterbleibt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. April.

Achtung, Tischler! In Stuttgart sind die Tischler in den Streik getreten. Die Forderungen sind: Einführung der 9½-stündigen Arbeitszeit in denjenigen Betrieben, die diese Forderung vor zwei Jahren nicht bewilligt haben. Der Buzug nach Stuttgart ist zu vermeiden.

Neben den unabhängigen Wahlverein der Niemann und Genossen äußert sich u. a. die Kreuzzeitung wie folgt:

Alles in allem gehen die Absichten des neuen Vereins dahin, unter dem Aushangschild „nationales Ziel“ Unerfahrene zu fangen und Vermittlung in die Reihen der wirklich National gesinnten zu tragen, die sich jetzt mit der Lösung: „Gegen alle Umsturzbefreiungen für den Schutz des nationalen Erwerbslebens!“ zusammenfinden wollen. Gerade in Leipzig, so meinen wir, ist die Lage den Anträgen der Umsturzpartei gegenüber ernst genug, um einer Zersplitterung der staatsverherrschenden Elemente entgegenzutreten. Diese Elemente zerstreuen, heißt: der Umsturzpartei in die Hände arbeiten.

Das konservative Blatt nimmt die Männer vom unabhängigen Wahlverein zu trocken. Die Leutchen haben ja bereits ein Einlenken bei der Stichwahl in Aussicht gestellt.

Die tiegründige sozialpolitische Weisheit des Generalanzeigers offenbart sich einmal wieder in seinem gestrengen Leitartikel, zu dem ein, wie es heißt, von hochangesehenen Damen unserer Stadt ergangener Aufruf zur Unterstützung von Töchtern armer Eltern glücklich den Stoff hergeholt hat. Der Generalanzeiger ist nämlich entzückt von einem in seinen Wirkungen natürlich gänzlich belanglosen Plan bürgerlicher Wohlthätigkeit, nach dem in den höheren Töchterschulen die Schülerinnen der unteren Klassen wöchentlich fünf, die der oberen zehn deutsche Reichspfennige zu einem Fonds beisteuern sollen, durch den den neu eingezogenen Töchtern armer Eltern die Wege zu einem Lebensberuf — außerhalb der Mauern der Fabrik — geblüht werden sollen. Weil diese, die Fabrik, es natürlich sei, die zahllose Mädchen in eine für das empörlende Weib nichts weniger als entfesselndwerte Lage bringe, durch die zahllose Mädchen hilf- und schützlos in den Strom des Lebens hineingeflossen werden und nach kurzen Touren unerbittlich untergehen, wenn nicht die zettende Mütchleinliebe willksam und zielbewußt Hand anlegt, deshalb ist die Sammlung von Silberlingen höherer Töchter, die in so tiefschreier Weise die sittliche Kraft unserer deutschen Jugend und damit unsere ganze Zukunft stützen will, mit Freuden zu begrüßen.

Nun, so erfreulich auch das Eingeständnis von bürgerlicher Seele ist, daß die Fabrikarbeit heutzutage für zahllose Mädchen zu einer Quelle der Not und des Elends wird, so wenig ist diese Thatsache doch in der Fabrikarbeit als solcher begründet, sondern vielmehr in der übermäßig langen Arbeitszeit sowie in den miserablen Löhnen, die selbst für eine beschädigte Lebenshaltung durchaus unzureichend sind.

Anstatt also den lächerlichen Versuch zu machen, mit Hilfe von Sühne- und Beaufsichtigungsschülern höherer Töchter einer unaufhaltsamen wirtschaftlichen Erscheinung wie der beständig sich mehrenden weiblichen Fabrikarbeit entgegenzuarbeiten, sollten die verehrlichen, hochangesehenen Leipziger Damen und mit ihnen der Generalanzeiger sich lieber darum erkennen, wie die bürgerlichen Vertreter im sächsischen Landtag, nachdem sie der großen Masse des arbeitenden Volkes das Wahlrecht genommen, nun auch daran sind, den Arbeitern und Arbeiterinnen das Recht, sich zu versammeln und zwecks Errichtung besserer Lebensbedingungen sich zu organisieren, einfach illusorisch zu machen.

Aber freilich, hier wirksam und zielpunktig hand angulegen, dafür sind die hochangesehenen Leipziger Damen nicht zu haben und wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen am 1. Mai wiederum für ein besseres menschenwürdiges Dasein und vor allem für den Arbeitstag demonstrieren werden, dann werden jene Damen nur wieder Worte der Verurteilung und des Abschlags übrig haben. Doch haben sie und mögen sie sich mit dem Generalanzeiger an dem „eigenartig Schönen“ ihres neuen sozialpolitischen Reformgedankens weiter erbanen!

so. Die Rückversicherungen der Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung, besonders in Heiratsfällen, nehmen so sehr zu, daß der Vorstand der Versicherungsanstalt wiederholt die Verbrauchsmauer der Anstalt und die Krankenkassen aufgefordert hat, auf die Versicherungen in der Weise einzurichten, daß sie von einem Auftrag in Heiratsfällen absehen. Am Januar dieses Jahres sollte sind im Königreich Sachsen 33 290 Ml.

an verheiratete Frauen zurückgestellt worden. In einem Bericht weist die Anstalt in Dresden darauf hin, daß im Jahre 1897 der durchschnittliche Betrag einer Erstattung 28 Ml. war und daß man für diesen geringen einmaligen Betrag keinen rechtmäßigen Anspruch auf Invalidenrente ansiebt, während die durchschnittliche Invalidenrente, also der laufenden Zahlung, jährlich 128 Ml. beträgt. Die nächste Verhandlung der sächsischen Ortsrentenfasservertreter wird über geeignete Belehrung der Versicherten mit verhandeln, obgleich die Erfahrung deren Unsichtbarkeit lehrt. Ein Spaziergang in der Hand ist vielen lieber als die Taube auf dem Dache. Bei Todesfällen kann und soll natürlich der ausgiebigste Gebrauch von dem Erstattungsanspruch gemacht werden.

Eine wichtige Mitteilung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wurde kürzlich in der Handelskammer zu Erfurt gemacht. Ein Kaufmann war bestraft worden, weil einer seiner Lehrlinge sich Sonntags im Geschäftskomptoir aufgehalten hatte. Die Kammer richtete hierauf eine Eingabe an den Minister, worauf ihr folgender Bescheid erteilt wurde:

Eine Bestimmung, wonach die Geschäftsräume dem Lehrling Sonntags außerhalb der Geschäftsstunden nicht zum Aufenthaltsangewesen werden dürfen, existiert nicht. Durch die Vorschriften im § 105b Absatz 2 der Gewerbeordnung sind die Befugnisse des Lehrherrn dem Lehrling gegenüber nur insoweit beschränkt worden, als letzterer Sonntags außerhalb der für das Handelsgewerbe frei gegebenen Stunden zu kleinen Dienstleistungen herangezogen werden darf, die als Arbeiten im Gewerbebetriebe des Lehrherrn zu betrachten sind.

Über die Eintragung fremdsprachlicher Namen in die Standesregister haben die preußischen Minister des Innern und der Justiz eine Verfügung erlassen, wonach eine Anweisung an die Standesbeamten, fremde Schriftzeichen stets durch lautähnliche deutsche Buchstaben zu ersetzen, unzulässig erscheint. Im allgemeinen seien fremdsprachliche Namen auch mit den ihnen eigenständlichen fremden Schriftzeichen einzutragen, ohne Unterschied, ob die Buchstaben im Deutschen vorhanden sind, ob sie im Klange mit den deutschen übereinstimmen, ob sie durch lautähnliche ersezt werden können oder nicht. Die Besoldung dieses Grundbades wird nur eine Schranke darin finden müssen, daß von deutschen Standesbeamten nicht zu verlangen ist, daß sie andere Schriftzeichen als die im Deutschen üblichen göttlichen oder lateinischen kennen. Handelt es sich indessen nur darum, diesen Buchstaben kleine Zeichen, wie Punkte, Striche, Höhenlinien hinzuzufügen, so ist deren Anwendung dem Standesbeamten mit dem Hinweise zur Pflicht zu machen, daß diese kleinen Zeichen besonders deutlich einzutragen sind. Dagegen darf den Standesbeamten nicht die Anwendung solcher Schriftzeichen zugemutet werden, die im Deutschen überhaupt nicht vorhanden sind; russische, türkische, chinesische Namen werden ständig im deutschen Standesregister nicht anders eingetragen werden können, als durch Wiedergabe ihres Klanges in deutschen Buchstaben.

Sind die Pinzeh Chimay-Postkarten und die mit der Bezeichnung „Willst Du meine Nieg?“ in Verkehr gebrachten Postkarten unzulässige Abbildungen im Sinne von § 184 des Strafgesetzbuchs? Diese Frage wird in Kürze die IV. Handelskammer zu beantworten haben. Es sind wegen Verlaufs bezw. Ausstellung dieser Postkarten eine Anzahl bissiger Buch- und Schreibwarenhändler und Colporteurs auf Grund des § 184 St.-G. unter Anklage gestellt worden und haben sich nächstens zu verantworten.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs. Zwischen Leipzig und Marienberg (Sachsen) wurde am 18. April der Fernsprechverkehr eröffnet. Die Gebühr für das gewöhnliche Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt 1 Ml.

Der Raubmörder Bärtsch, der vom letzten Schwurgericht wegen des Mordes in der Gottschedstraße zu lebenslänglichem Bußhaus verurteilt worden ist, ist gestern in das Bußhaus Waldheim transportiert worden.

Geschlossen bleiben am nächsten Sonnabend der städtische Schlachthof und das Fleischbeschauamt. Das Kühlhaus wird in den Stunden von 4—7 Uhr morgens und 11—12 Uhr mittags geöffnet sein. — Geschlossen bleiben ferner am 23. April die städtischen Expeditionen und die städtischen Museen. — Im Polizeiamt findet am Sonnabend nur beschleunigter Dienst wie an Sonn- und Feiertagen statt, weshalb an diesem Tage nur dringliche Sachen erledigt werden.

Der Leichnam des kleinen Müller, der von dem 11 Jahre alten Steudner in den Mühlgraben gestoßen worden ist, wurde heute vormittag zwischen Gaußsch und Großschocher von dem Fischermeister Louis Schünke sen. aufgefunden. Der Leichnam wurde zur Sektion nach Leipzig überführt. Der Knabe Steudner ist heute an die Staatsanwaltschaft eingeliefert worden. Er hat das strafmündige Alter von 12 Jahren noch nicht erreicht, doch kann er nach § 55 des Strafgesetzbuchs und in Gemäßheit der Landesgesetzlichen Vorschriften in einer Justizanstalt untergebracht werden, nachdem durch die Vormundschaftsbehörde die Begehung der Unthat festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt worden ist.

Schon wieder ein Kind getötet. Gestern nachmittag wurde auf dem Eisenbahnhubd in der Grenzstraße zu Sellerhausen, auf dem jetzt wegen der Sperrung des Neustädter Bahnhofes ein reger Wagenverkehr herrscht, ein fünfjähriges Kind von einer Drosche überfahren, die sich in einem Leichenzuge befand. Die Pferde der Drosche waren durch den grellen Pfiff einer Dromotivé schen geworden. Die Kleine ist bald darauf in der elterlichen Wohnung gestorben.

Durch einen Motorwagen wurde heute vormittag in der Goethestraße das durch das Fallen eines Brettes von einer Mutterkugel schwer verletzt. Eine Schuld an dem Vorfall kann niemand beigemessen werden.

Unfälle bei der Arbeit. In einer Spinnerei durchschlägt sich ein Arbeiter an der Kreissäge die ganze Hand. — Beim Probieren einer Kreissäge in einer Maschinenfabrik verunglückt ein Monteur und erlitt ebenfalls eine schwere Handverletzung. — Beim Aufstellen einer Transmission in einem Fabrikatlasfelsen kam ein Arbeiter zu Falle und zog sich einen Oberschenkelbruch zu. Alle drei Verunglückte wurden ins Krankenhaus aufgenommen.

Schuhler Tod. In der Parthestraße wurde gestern nachmittag ein in der Frankfurter Straße wohnhafter Droschkenfischer von einem Blutflug besessen. Auf der Sanitätswache, wohin man ihn gebracht hatte, verstarb der Fräulein.

Eine längere Verkehrsstörung im Betriebe der Straßenbahn entstand gestern in der Windmühlenstraße dadurch, daß an einem mit 80 Centimetern Seegras beladenen Wagen die Hinterrachse brach. Der Wagen mußte umgeladen werden, bevor das Hindernis beseitigt werden konnte.

Ein größeres Feuer vernichtete gestern in einem photographischen Atelier an der reformierten Kirche wertvolle Ullensilien. Die Feuerwehr kam eine halbe Stunde lang in Thätigkeit. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt.

f. Wenn nicht das Datum des Wandkalenders uns eines Besseren belehrt und vor allem, daß junge frische Grün des Frühlings zu glauben nötigt, so mitten im Gewirr der Buden, umklatsch vom Regen und vom Wind umpfiffen, könnte man wahrhaftig meinen, es ginge nun wieder auf den Winter zu. Und es sei nicht die Ostermesse, sondern die Michaelismesse, auf der wir uns befinden. Und wenn die Weiterpropheten unserer Chemnitzer Schwesternstadt keine falschen Propheten sind, so wird es in dem heutigen Stile ja auch noch eine Weile fortgehen, zum Leidwesen vor allem der Tausende von Kleinhändlern und Gewerbetreibenden, die einer dicht beieinander auf dem Augustusplatz und Thomaskirche wohnen. Sie probieren, sich zu vertreiben, und wie die Branche sonst noch alle heißen, doch immer noch das bessere Teil erwählt zu haben. Von der Bude, in der das unvergleichliche Hingerichtswelttheater sich probiert, von dem Miniaturvarieté, vor dem ein bissiger Duft und mehr oder weniger langanhänger dressierter Säcke auf und niederstehen, läßt sich die dicht davor zusammengedrängte Menge nicht so leicht vertreiben. Mehr als ein Weiblein nimmt den Anblick einiger strammer nächterliche Athletenarme gern einen kleinen Schauer des abkühlenden himmlischen Nasses mit in Kauf. Und wenn man schließlich doch zu sehr verkehren sollte, braucht man sich ja nur umzubrechen und für einige Augenblicke in eine der zahlreichen Kaffee- und Wurstelbuden unterzutreten, wo aus hohen Blätterblättern Kessel ein lieblich duftender Broden emporsteigt und mit Stichen und Genüssen lockt. Für weisen Auge und Gaumen die dampfende Jauerle oder der saubere gelbe Quarkflocken nichts Verführliches haben, der braucht auch nur ein paar Schritte weiterzugehen, um vielleicht bei den knuspernden Süßigkeiten des türkischen Bäckers, oder in Fruchtsalat und Schlaglabne zu finden, was sein Herz begehrte. „Densende Menschen“ freilich werden bei diesen festlichen Geübten nicht allzu lange verweilen, sondern strecken sich inbegriffen nur darum, die Geburt mit Pflege zu versorgen. Und wo wäre in reicherem Maße dazu Gelegenheit geboten als in Winters Weltberühmtem anatomischen Museum, wo jeder, ob Dame oder Herr, einmal Einsicht bei sich selbst zu halten, einen Einblick in sein leibliches Innere zu thun in der Lage ist. Wer aber für derartige medizinisch-anatomische Demonstrationen wenig übrig hat, ja vielleicht gar ein gewisses Grauen davor empfindet, der kann ja statt dessen neue Studien auf historischen Gebiete machen. Unter den begeisterten Klängen des Orchesters wird ihm mehr als ein Panorama die bedeutendsten Ereignisse der Weltgeschichte, der großen Zeitalter im Blute, Leidhaftigkeit vor Augen führen. Hier den einsamen Kapitän Dreyfus auf der Teufelsinsel, dort die Prager Unruhen, die Kämpfe am Melunap, und nicht zu vergessen — Deutschland auf der ersten Stufe der Weltmachtspolitik, die ruhurische Überhauptung des chinesischen Kautschou oder wie die meisten Panoramabesucher noch höchst unorthographisch schreiben Kutschschau. Und doch mehr als alle diese Herrlichkeiten, mehr als Theater-Variété, Floh-Cirkus, Panoramen und Märsche, mehr selbst als Stern, das Wunderabwein, und die Bucht edler Rose, die beim schmetternden Klang der Trompeten fahne Reiter und Reiterinnen auf dem gebüldigen Rücken tragen — mehr als dies alles ziehen doch immer und immer wieder die bunten, läufig sich drehenden Karussells, die mit ihren auf und nieder schaukenden hölzernen Pferden, mit ihren einschmetzelnden, flatternden Walzermelodien vor allem die Herzen der Kinder höher schlagen machen. Allein ihre Weg, um der ungebunden, kindlichen Fröhlichkeit willen, die hier stets aufs neue anstreben ist, lohnt es sich auch für denjenigen, der von dem lärmenden Trubel der Apotheke den Buben sich hin und her schleudern und drängenden Menge wenig wissen mag, einmal einen Gang über die Leipziger Ostermesse zu unternehmen.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Schuhmacherversammlung fand am 18. April im Coburger Hof statt. Es wurde von der Tarifkommission mitgeteilt, daß die Innung geantwortet habe, daß sie nicht in der Lage sei, die Rohstoffeinteilung vorzunehmen. Von Anknüpfung gesmeinsamer Unterhandlungen ist in dem Schreiben nichts erwähnt. Hierauf erfolgte die Vorlesung des Tarifs, der darauf zur Diskussion gestellt wurde. Es entpankt sich danach eine längere Debatte, speziell über einzelne Vorratsarten, bezüglich deren sich noch Umsänderungen im Tarif nötig machen. Wichtig war die Fourniturenfrage. Es wurde von verschiedenen Seiten angeführt, daß es als Hauptziel in unserer Branche zu betrachten sei, die Fournituren selber zu stellen. In Zukunft ist darauf zu achten, daß die Arbeitgeber diese selbst zu stellen haben. Bechlossen wurde, 5 Prozent pro Jahr zu verlangen. Ferner wurde beschlossen und die Tarifkommission beauftragt, die Fournirenteilung der Geschäfte vorzunehmen und den Arbeitgebern Mitteilung zu machen, welche Klasse er zu bezahlen hat. Der Stundenlohn von 90 Pf. bei Reparaturarbeiten wurde beibehalten, ebenso die 10 stündige Arbeitszeit und der 10 prozentige Aufschlag für Logisarbeiter. Bei der Gesamtabschätzung über den Tarif gelang dieser einstimmig zur Annahme. Jeder Kollege muß es sich zur Pflicht machen, dahin zu streben, die aufgestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Darum, Kollegen, ist es nötig, auch zu vereinigen. Tretet Mann für Mann für unsere Sache ein, dann wird auch der Kampf ein leichter sein.

Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielten am 12. April im Bürgergarten zu Kleinmachnow eine öffentliche Versammlung ab, mit der Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage und wie verbessern wir dieselbe; 2. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt kritisierte zuerst Kollege Bachhoff den schlechten Besuch der Versammlung und kam hierbei auf die Lage der Bauarbeiter zu sprechen. Welch miserable Zustände bei uns noch herrschen, das bewiesen die Kollegen, die nicht einmal so viel Zeit haben, in die Versammlung zu kommen. Sie standen schon abgeküpft und gleichzeitig den Organisationsbestrebungen gegenüber. Nach kurzer Diskussion ging man zum zweiten Punkt, Gewerkschaftliches, über. Kollege Götz war dabei die Frage auf, ob die Kollegen von Kleinmachnow es für ein Bedürfnis halten, eine Hilfsperson für den Vertrauensmann einzusezen. Nach kurzer Diskussion wurde Kollege O. Krauth vorgeschlagen.

Volkbildungsbund Gohlis. Am Sonntag den 17. April hielt der Volkbildungsbund Gohlis eine öffentliche Versammlung im Vereinslokal, Monchshof, Georgstraße 21, mit folgender Tagesordnung ab: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Steuerberichtigung; 2. Vortrag über Christentum und Sozialdemokratie; 3. Diskussion. Bei Eröffnung der Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß das Frühlingsfest des Vereins am 24. April im Birkenwäldchen zu Wahren stattfindet und forderte zu reger Beteiligung auf. Weiter macht er bekannt, daß im Sommerhalbjahr die Vereinsabende an jedem zweiten Sonnabend im Monat stattfinden. Der Vortrag, über dessen Thema schon an dieser Stelle berichtet worden ist und den Genossen Konrad Hänsch hieß, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An diesem Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, in der ein Redner das Wort entzogen wurde.

Eine öffentliche Versammlung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter fand am 14. April in Gaußsch. Über das Thema: „Unsere wirtschaftliche Lage und wie verbessern wir dieselbe“

sprach Kollege Bachhoff aus Leipzig in klarer sozialer Rede und schärfte die Kämpfe der Arbeiter gegen den Kapitalismus. Da nur eine starke Organisation uns zum Siege bringen kann, forderte er alle Anwesenden auf, sich dem Verbande anzuschließen. Besonders hätten es die Biegeleiarbeiter nötig, sich durch Abschluß an dem Verband bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Es folgte eine Resolution einstimmig zur Annahme, die es allen zur Pflicht macht, sich zu organisieren. Beim zweiten Punkt: Stellung zum Verbande, wurde für Gaußich die Gründung einer Zahlstelle beschlossen und Kollege Reinhold Heinrich als Vertrauensmann einstimmig gewählt. Unter Gewerkschaftlichen wurden noch einige Wünsche in der Biegelei besprochen.

Eine gut besuchte öffentliche Gewerkschaftlerversammlung trat am Sonntag den 17. April, vormittag 11 Uhr, in Stadt Hannover. Tagesordnung: 1. Die Vorstandssitzungen bei Schröder und Pfau in Lindenau. 2. Bericht der Kommission. 3. Gewerkschaftliches und Diskussion. Bei dem 1. Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte, in der besonders hervorgehoben wurde, daß gerade die beiden Compagnons, die als erste im Verein waren und von denen sogar einer als Gewerkschaftsdelegierter fungierte, den wohl verdienten Lohn von 50 Pf. pro Stunde zu zahlen verweigerte. Es wurde beschlossen, daß die Kommission nochmals in Unterhandlung mit der Firma treten soll. Beim Bericht der Kommission wurde erwähnt, daß mancher Prinzipal seinen Arbeitern noch nichts mitgeteilt oder gesagt habe, er gebe nicht das geforderte, aber wenn andere vorerst nicht zahlen, er auch nichts bewillige u. s. w. Es wurde dann beschlossen, daß dort, wo noch nicht pro Stunde 50 Pf. für die Gewerkschaftler und 40 Pf. für die Massenmacher gezahlt werden, die Arbeit eingestellt werden soll. Werter ist aber in Gutem mit den Prinzipalen zu unterhandeln. In diesem Sinne wurde einstimmig beschlossen. Es wurde die Unterstützungsfrage noch verhandelt und geregelt. Die Teilnehmer der Versammlung trennten sich dann von dem Gedanken, daß einer für alle und alle für einen eintrete werde.

Eine gut besuchte öffentliche Stuckaturversammlung trat am Sonnabend den 18. April im Restaurant Sykes. Das von der Arbeitsnachschwelle-Kommission ausgearbeitete Reglement wird verworfen, und es gelangt nach längerer Beratung sieben, aus den Reihen der Kollegen vorgeschlagene Paragraphen zur Annahme, die dann zur nochmaligen Überarbeitung einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen werden. Über die endgültige Annahme des Reglements soll in der nächsten Sonntag den 24. April stattfindenden öffentlichen Versammlung Beschluß gesetzt werden, und dann der Arbeitsnachschwelle am 1. Mai in Kraft treten. Ueber die Stellung zum 1. Mai wird ein Antrag angenommen, sich im Versetzungsfeste zu treffen (Sitzpunkt wird vom Vertrauensmann noch bekannt gegeben) und dann gemeinschaftlich in die Festhalle zu Stöckitz zu geben. Der nächste Punkt, Anträge zur Tarifrevision eventuell. Wahl einer Kommission hierzu, wird vorgerichtet. Zeit vertagt. Unter Gewerkschaftlichem werden verschiedene Kollegen der Firma Füll und Söhne einer Kritik unterworfen, da diese eine 16-stündige Arbeitszeit einführen wollen. Auch bei der Firma Damm u. Siegert haben sich leider trotz genügender Befannmachung im Fachorgan zwei Kollegen, je einer aus Köln und Nürnberg, gefunden, die ohne die tarifmäßige Ausübung auswärts arbeiten. In beiden Fällen wird es dem Agitationskomitee zur Pflicht gemacht, die Interessen der organisierten Arbeiter zu wahren. Zum Schluss wird noch ein Antrag angenommen, den streitenden Kollegen in Nürnberg 50 Mark zu überweisen.

Arbeiterverein Stöckitz. Am 16. April hielt der Verein seine halbjährliche Generalversammlung ab. Es sind abgehalten worden 10 Versammlungen, 12 Vorstandssitzungen und 2 Versammlungen. Die Einnahme beträgt 674,18 Mark, die Ausgabe 526,86 Mark, bleibt Bestand 147,82 Mark. Die Mitgliedszahl beträgt 382, die Schülerzahl 82. Sobald geben die Obmänner Bericht über die Tätigkeit der Abteilungen. Zum letzten Punkt referierte Genosse Max Schumann über die Gemeinderatsitzungen vom 15. und 22. März und 5. April. Er führt aus: Das Gesuch der Leichenraum-Sitze ist vertagt worden, bis die Einverleibungsfrage geregelt ist. Der auf dem Grundstück Nr. 94 befindliche Brunnen ist wegen schlechten Wassers geschlossen worden. Es hat sich daher notwendig gemacht, die Wasserleitung in das betreffende Grundstück einzuführen. Die Kosten der Baukosten der Leitung übernimmt die Gemeinde. Die Gemeinderechnung vom Jahre 1897 hat vorgelegen. Die Einnahme beträgt 100.605,58 Mark, die Ausgabe 108.278,84 Mark; es ergibt sich also ein Überschuß von 3992,24 Mark. Für das Frauenheim Borsdorf sind mit 7 gegen 4 Stimmen 10 Mark genehmigt worden. Ein Antrag hat vorgelegen, den Schuleuten den Aufenthalt bei Vergnügen der Vereine und Gesellschaften zu versagen. Nach einer entsprechenden Anfrage des Gemeindevorstandes ist der Antrag zurückgezogen worden. Verschiedene Bauaufträge sind in Gemäßigkeit der eingereichten Zeichnungen genehmigt worden. Einige Fabrikbesitzer, die in Stöckitz Fabriken errichten wollen, haben nachgesucht, ihnen auf längere Zeit die Gemeindesteuer zu erlassen. Dies ist abgelehnt worden. Die Sparkasse hat einen Überschuß von 2000 Mark aufzuweisen. In der sich anschließenden Diskussion wurde der oben genannte Antrag betreffend der Schuleute, sowie die Gesuche der betreffenden Fabrikanten um Erlassung der Gemeindebesteuern von den Gemeinderatsmitgliedern eingehend erläutert. Der Vorführende giebt bekannt, daß Genosse Hermann Goldstein zum Frühlingsfeste die Feierrede hält. Zum Schluss wurde aufgefordert, zum 1. Mai tüchtig zu Illuminieren.

Sommerfest. Ueber die sozialen Aufgaben der Erziehung sprach am Sonntag in einer öffentlichen Mitgliederversammlung des hiesigen Gemeinnützigen Vereins im Kötzschwitzer Gasthof die Lehrerin Fräulein R. Döll aus Leipzig. Der 1½-stündige Vortrag traf sehr harten Beifall der Versammlung. In den Verein aufgenommen wurden fünf neue Mitglieder. Die Gemeinderatsmitglieder Thiele und Wilhelm berichteten über Gemeindeangelegenheiten. Die Bibliothek hat einen Zuwachs von sechs Bänden zu verzeichnen (zusammen jetzt 226 Bände). Beschlossen wurde eine Amnestie für früher wegen Resten ausgeschlossene Mitglieder, wenn sie innerhalb dreier Monate sich wieder als Mitglieder anmelden. Für den 1. Mai soll durch ein Flugblatt zu einem gemeinsamen Ausflug nach Stöckitz eingeladen werden, wie auch zur Illumination aufgefordert wurde. Die Eingabe an die Amtsleitung wegen Vermehrung der unanständigen Vertreter von zwei auf drei ist am 16. d. M. abgeschickt worden. Eine rege Diskussion rief die Frage: "Macht Bildung frei" hervor und soll nach den Reichstagswahlen über dieses Thema ein Vortrag gehalten werden. Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung findet am 22. Mai im Gasthof zu Engelborsdorf statt, in der voraussichtlich der Reichstagsabgeordnete Dr. Geyer referieren wird.

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Sozialdemokratischer Verein S. O. D. S. Germania, Seestraße. Abends 1/2 Uhr. T. O.: 1. Die Wohnungswirtschaft in Leipzig. 2. Die Berliner Vorwärts. S. O. D. S. Sammlung, Connewitz. Abends 1/2 Uhr. T. O.: 1. Gewerkschafts- und Aufzugsmeister neuer Mitglieder. Vortrag: Unter täglichem Brodt gibt und hante. 2. Diskussion. 4. Gewerkschaftsangelegenheiten. 5. Bragtagen. Reder: Dr. Böltel, Berlin.

Freitag: Schmiede und Stellmacher. Görlitzer Hof, Windmühlenstraße. Abends 1/2 Uhr. T. O.: 1. Der Aufstand des Stellmachers und Schmiede in der Wagenfabrik von Papensee (vom. Blaue). 2. Die Lage der Schmiede und Stellmacher Leipzigs.

Samstag: Holzarbeiter der Stoffbranche. Restaurant Alter Zahn, Deutsch. Abends 1/2 Uhr. T. O.: 1. Sozialrecht und Gewerkschaftsbewegung. 2. Gewerkschaftsangelegenheiten befreundet der Firmen Flemming, Hörl, Höhne und Schlobach. 3. Gewerkschaftliches.

Söderitz: Wägenmutter Turmverein. Vereintestol. Abends 9 Uhr. T. O.: Bericht der Platzkommission.

Soziale Rundschau.

g. Nürnberg, 20. April. Der Streik der Zimmerleute in Fürth ist beendet; die Meister bewilligten die Forderungen, nachdem die Gehilfen die neue Forderung auf 1½-stündige Mittagspause zurückgezogen, resp. auf 1½ Stunde ermächtigt hatten.

g. München, 20. April. Einen sauberen Plan hat das hiesige Unternehmertum ausgeheckt. Wie die Münchener Post bereits gestern zu melden in der Lage war, haben die Leiter der verschiedenen Innungen in vertraulicher Sitzung beschlossen, daß im Baugewerbe die zehn-stündige Arbeitszeit unter allen Umständen beibehalten werden müsse. Um diesen edlen Zweck zu erreichen, sollen an einem Tage alle Betriebe, in denen nicht von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends gearbeitet wird, gesperrt werden. Die Neuesten Nachrichten bestätigen heute die Wichtigkeit dieser Meldung ihrem vollen Umfang nach und motivieren den brutalen Beschluß der Innungsmeister damit, daß ein engerer Zusammenschluß der Arbeitgeber stattfinden müsse, um dem Druck der Arbeiterorganisationen nach immer höheren Löhnen und immer kürzerer Arbeitszeit „im Interesse des konsumierenden Publikums selbst“ einen Damm entgegensetzen zu können. Die Preise gewerblicher Arbeiten, so folgt das Organ für höhere Unternehmerinteressen noch bei, würden sonst eine Höhe erreichen, die auf die Lage der zur Miete wohnenden und Waren laufenden Arbeiter selbst eine sehr drückende Wirkung ausüben würde.

Wlo aus lauter „Arbeiterfreundlichkeit“ will das fürsorgliche Unternehmertum jede Regelung der Arbeiterschaft zur Erlangung besserer Existenzbedingungen durch die Androhung einer gewaltigen allgemeinen Aussperrung von vorne herein unterdrücken.

Aus Schwaben, 19. April. Gestern ist in Stuttgart ein Streik der Bautischler ausgetragen. Die Arbeiter fordern 9½-stündige Arbeitszeit, 5 Prozent Lohnerhöhung, 25 Prozent Aufschlag für Überzeit- und Sonntagsarbeit, achttägigen Zahltag und 1½-stündige Mittagspause. Obgleich diese Arbeitsbedingungen in der Möbelbranche schon seit einigen Jahren gelten und auch von 19 Betrieben anerkannt sind, in denen weiter gearbeitet wird, weigert sich der größte Teil der Baugeschäfte noch, sie zu bewilligen. 120 Tischler stehen daher im Streik.

In Schramberg im Schwarzwald haben unsere Parteigenossen gestern einen beachtenswerten Sieg erzielt. Die Christ-Dunkerianer des evangelischen und des katholischen Arbeitervereins hatten sich gesammelt, um bei der Gewerbegerichtswahl die Arbeitnehmermandate zu gewinnen. Trotz des grenzenlosen Terrorismus, den in dieser Schwarzwaldecke die Geschorenen und Geschelleiten ausüben, wurde das ganze Sammelsurium von unseren Genossen in die Pfanne gehauen. Mit 412 bis 431 Stimmen wurden die Kandidaten der Gewerkschaften gewählt. Die Gegner blieben um 100 Stimmen zurück. Auch in Tuttlingen, wo dieser Tag gewählt wurde, siegten unsere Genossen, ohne daß eine Gegenpartei auftrat.

Der 1. Mai wird in Stuttgart in diesem Jahre erstmals durch einen großen Umzug gefeiert werden.

Von Italien und Peru.

Von dem Lustmorde.

Berlin, 21. April. In der Güntherschen Mordsache erfolgte gestern abend eine neue Verhaftung. Es wurde ein Mann festgenommen, auf den die Beschreibung, die Zeugen von dem mutmaßlichen Mörder geben, angeblich paßt. Der Mann kann sich über seinen Aufenthalt in der kritischen Zeit nicht ausweisen. Ob er jedoch der gesuchte „Emil“ ist, steht noch dahin. Er ist noch den bisherigen Feststellungen nicht gelernter Schlächter, wohl aber hat er verschiedentlich als Haushilfer bei Schlätern, auch auf dem Viehhofe, gearbeitet und weiß daher mit den Handgriffen der Schlächter im allgemeinen wohl Bescheid.

Ein Eisenbahnsfrevel.

Der 26-jährige Stellvertretersohn Giebel aus Görbitzdorf bei Sprottau, der Bahnattentate dadurch verübt, daß er schwere Steine auf die Schienen wälzte, ist vom Schwurgericht zu vier Jahren Buchhaus, fünf Jahren Zwangsarbeit und Polizeiaufficht verurteilt worden.

Gereitet.

Nordenham, 19. April. Nach einem hier eingegangenen Telegramm sind von der Mannschaft des bei der Insel Island gestrandeten Fischerdampfers Präsident Herwig fünf Mann durch ein französisches Segelschiff gerettet worden; über den Verdacht der übrigen acht Mann ist nichts bekannt.

Nache.

Leipzig, 20. April. Aus Nache zündete eine Frau das Städtchen Groddeck an, wodurch 39 Wohnhäuser eingehäuft wurden.

Totschlag.

Paris, 20. April. In St. Martin de Ré haben Soldaten in einem Streit zwei Bürger getötet.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Sprengkolonnen an der Arbeit. Auf dem jüngsten antisemitischen Handlungsbilletsage gab der in Leipzig nicht unbekannte Antisemit Globel den Rat, die von sozialdemokratischer Seite einberufenen Handlungsbilletsversammlungen in Massen zu besuchen und durch Värmen zu sprengen. In Leipzig ist der Versuch schon wiederholt gemacht worden, dem Ratte die That folgen zu lassen. Auch die heute abend 9 Uhr nach dem Coburger Hof einberufenen Handlungsbilletsversammlung wollen die Antisemiten nach diesem Rezept hören und sprengen. Es wird endlich einmal an der Zeit, derartige Ungezogenheiten in die gebildenden Schranken zurückzuweisen.

R. L.

Vermischtes.

Bacillus im Weißwasser. Die Gemeine möbile veröffentlichte die Ergebnisse eingehender Studien des italienischen Arztes Dr. med. L. Vincenzi in Sassari über Bacillus im Weißwasser bei katholischen Kirchen. Die vielfache Verührung, der das Weißwasser in Kirchen mittels wenig aseptischer Hände ausgeübt ist, brachte den Arzt auf den Gedanken, daß unter gewissen Bedingungen das Weißwasser eine gewisse Rolle bei der Verbreitung der infektiösen Krankheiten spielen könne. Er untersuchte bakteriologisch das einem Weißwasserkessel einer der besetzten Kirchen von Sassari entnommene Weißwasser und fand eine Menge der verschiedenartigen Bakterien, wie Staphylococcus, Streptococcus, Colibacillus, Löfflerische Bacilli u. c. Von letzteren hat Dr. Vincenzi Kulturen angelegt und so die charakteristischen Sichtungsprodukte hervorgerufen. Er konnte sich auch durch das Tierexperiment überzeugen, daß es sich wirklich um den Diphtherielactus handelte. Das in vielgebrachten Weißwasserkesseln befindliche Weißwasser kann also Träger der Diphtherielontagten sein und dies um so

leichter, weil in gewissen Gegenden die Gläubigen den Gebrauch haben, die mit Weißwasser angenehmen Finger an die Lippen zu bringen.

Der Trauschein ist bekanntlich für anständige Staatsbürgers eine sehr wichtige Urkunde und genießt dementsprechend auch der gehörigen Achtung, wenn auch nicht immer der wünschenswerten Beliebtheit. Da die Bedeutung, die er haben kann, aber immer noch nicht allerwärts genügend erkannt wird, drucken wir hier eine Notiz aus der Germania ab, die also lautet: „Der Seltz-Freischungsprozeß des Christoph Columbus wird wieder aufgenommen, nachdem die Beweiskunde für die kirchliche Geschlechter des Columbus mit seiner Gattin Paestrella Molina jetzt aufgefunden worden ist.“

Daraus wird billig jeder, der mit Logik ausgestattet ist, schließen, daß ein Trauschein nicht bloß für einen lebendigen Staatsbürgers von großem Wert ist, sondern auch, und zwar in noch viel höherem Grade, für den verstorbenen, begrabenen und verfaulten. Was hiermit der allgemeinen Beachtung anheim gegeben wird.

Die von William Morris gegründete Druckerei in Hammermith, bekannt unter dem Namen Kelmscott-Preß, ist am 4. März geschlossen worden. Im ganzen sind in dieser Druckerei 58 Werke gedruckt worden, darunter 20 von Morris selbst verfasste. Diese Bücher, die schon jetzt sehr selten sind und zu sehr hohen Preisen verlaufen werden, sind auf das kostbarste hergestellt. Das Papier war dem in Vologna um 1478 gebrauchten nachgemacht. Die Lettern der goldenen oder römischen Art wurden nach Musterwerken von François R. Jenyn und J. Verouge, die um dieselbe Zeit in Venetien lebten, gegossen. Die gotischen Buchstaben wurden von Schöffer in Mainz, von Mentelin in Straßburg und von Peiner in Augsburg gebraucht nachgebildet. Die Holzbücher der Zeichnungen befinden sich im britischen Museum und dürfen ein Jahrhundert lang nicht gebraucht werden. Die Matrizen der Buchstaben befinden sich in den Händen der Testamentsvollstrecker des William Morris und dürfen nur zum Abdruck von Sonderausgaben seiner Werke benutzt werden.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Belgrad, 21. April. Die Meldungen von einer bevorstehenden oder einer bereits erfolgten Verhaftung des radikalen Parteiführers Basitsch sowie von einer gegen ihn eingeleiteten Untersuchung werden als unbegründet bezeichnet.

Griekischen der Redaktion.

J. R. Go. 1. Ja. 2. Zwei, ein Cartonnagenarbeiter aus Wurzen und ein Schuhmacher aus Alt-Leisnig. 3. Am 11. September 1890 der Schuhmacher Benedict aus Alt-Leisnig, zuletzt in Wolmarndorf wohnhaft.

Auskunft in Rechtsfragen.

6. hier. Der Verlust des Wahlrechtes wird durch eine Steuererklamation nicht herbeigeführt. Sie sind wahlberechtigt, wenn Sie das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, im Besitze der politischen Ehrenrechte sind und keine Armenunterstützung beziehen oder im letzten Jahre bezogen haben.

6. R. Gutach. Wenn darüber nichts Besonderes vereinbart ist, ist die Kündigung an eine bestimmte Tagesstunde nicht gebunden.

6. R. 1. Wenden Sie sich an die hiesige polytechnische Gesellschaft. 2. Nein, Forderungen aus so weit zurückliegender Zeit rechtfertigen nicht die Streichung aus der Wählerliste.

6. R. 88. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt, der die Herausgabe der Sachen zu fordern und bei Verweigerung Klage anzustrengen hat.

6. Ihr läßtliche geleistete Beiträge ist der Nachweis zu erbringen. Sind die Karten nicht mehr vorhanden, so wenden Sie sich an die Ortskassenkasse und beantragen die Ausstellung von Duplikaten.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Spielplan: Donnerstag: Im Sachsenheim. Hierauf: Lohengrin. (1. Akt.) Zum Schlus: Wallenstein-Lager. Aufzug 7 Uhr. — Freitag: Der Kreislauf. Aufzug 7 Uhr. — Sonnabend: Im Sachsenheim. Hierauf: Esther. Aufzug 6 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 21. April:

Die Niedermanns.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Musikdirektor Meyer.

Gabriel von Eisenstein Mr. Baumberger

Rosalinde, seine Frau Mrs. Blanda

Franz, Gesangnis-Direktor Mr. Frank

Prinz Orlofsky Mr. Dalldorf

Ulrich, sein Gesanglehrer Mr. Helene

Dr. Falke, Notar Mr. Greiner

Dr. Blind, Advokat Mr. Unger

Webe, Rosalinds Stubenmädchen Mr. Schäffer

Alp-Bay, ein Negypter Mr. Seifert

Ramusin, Gefangenheits-Attache Mr. Städter</p

2. Beilage zu Nr. 90 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, den 21. April 1898.

Gerichtssaal.

Gewerbegericht.

Leipzig, 19. April.

Das schwere Geschütz der Ortslinde. Der Markthelfer W. hat das Arbeitsverhältnis bei dem Getreidehändler A. zum 1. April 1898 gekündigt, ist aber am 10. Februar von A. entlassen worden. Er klage deshalb auf 105 Mark Entschädigung wegen vorzeitiger Entlassung. Nachdem schon mehrere Termine in der Sache abgehalten worden sind, zu denen sich A. meist vertreten ließ, mache er gestand, daß 1. der Kläger mit der vorzeitigen Entlassung einverstanden gewesen sei; er sei aber auch zur sofortigen Entlassung berechtigt gewesen, weil 2. W. sich eines lächerlichen Lebenswandels schuldig gemacht habe dadurch, daß er alle zwei Tage betrunken gewesen sei, 3. habe er sich dadurch einer Unterschlagung schuldig gemacht, daß er den Preis für zwei an den pensionierten Polizeiwachmeister Sch. gelieferte Stücke Mais nicht abgeliefert, 4. ihn groß beleidigt habe. Es wurden eine Anzahl Zeugen vernommen und festgestellt, daß A. den Kläger in Gegenwart des Polizeiwachmeisters Sch. verlassen wollte, auf die Kündigungszeit zu verzichten. W. ist aber nicht darauf eingegangen und hat bemerkt: „Das andere findet sich schon.“ Über die „Trunkenheit“ wurde bekannt, daß bei dem Getreidehäuschen sich Staub entwickelt und die Arbeiter ihn durch Vier herabgespielt haben. Infolgedessen ist W. nach der einen Aussage einmal abends „angerissen“, nach der anderen Aussage „betrunken“ gewesen. Ihm seien im Comptoir die Worte nicht richtig hinzugekommen. Die Stücke Mais hat er mit Wissen eines Comptoiristen und eines Arbeiters durch einen anderen Arbeiter an den pensionierten Polizeiwachmeister geliefert. Er hat wöchentlich abgerechnet und bei der Abrechnung die Stücke überschauten. Nach der Arbeit hat er einen Arbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß er die Abrechnung übersehen habe. Nachdem die Differenz ausgebrochen, hat W. sich selbst bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und gegen sich die Untersuchung wegen der Unterschlagung beantragt. Die rechtswidrige Anzeigung wird also W. schwerlich nachzuweisen sein. Die grobe Beleidigung wurde überhaupt nicht erwiesen. Das Verfahren wurde so lange ausgezögelt, bis das Strafverfahren erledigt ist resp. die Staatsanwaltschaft sich entschieden hat.

Was war vereinbart? Der Kellner F. klage gegen den Restaurateur Fr. auf Zahlung von 8 Mark rückständigen Bohn und begründete seine Klage damit, daß er für die Osterfeiertage anhängig eingestellt worden sei. Fr. erklärte, daß er F. nicht anhängigweise, sondern fest engagiert habe und zwar bei 15 Mark Monatslohn. Während der Osterfeiertage habe F. gearbeitet, aber 2,55 Mark zurückgehalten. Das sei mehr, als er zu fordern habe, und noch den Feierlagen sei F. einfach weggeblieben. Der von Fr. benannte Zeuge bestätigte, daß F. fest engagiert worden ist. F. wurde mit seiner Klage abgewiesen.

Geldgericht.

Leipzig, 19. April.

Wie er sich zu helfen wußte. Der ehemalige Zyllograph Ernst Paul Avihsch aus Gutshof hatte im Jahre 1890 den Gaithof in Gräfelfeld erworben und bis September 1895 bewirtschaftet. Dann verkaufte er den Gaithof an eine Frau Sch. für 27000 Mark. Für A. wurden als Restausgelder eine Hypothek von 4700 Mark und eine Kautionshypothek von 500 Mark eingetragen. A. übernahm darauf ein Restaurant in der Poststraße. Zur Übernahme erhielt er von dem Brauereibesitzer P. ein Darlehen von 5000 Mark und versprachte A. dafür an P. die auf seinen Namen auf dem Grund-

sstücke in Gräfelfeld eingetragenen Hypotheken. Frau Sch. konnte die an A. versprochenen Zahlungen nicht leisten und es kam zur Klage. Am 28. April wurde zwischen A. und der Sch. ein Vergleich geschlossen. Für eine andere Schulden verpflichtete sich die Sch. einen Wechsel über 1000 Mark einzulösen; auf die Hypothek verpflichtete sie sich 1500 Mark bis Oktober 1896 zu zahlen. Wenn diese Verpflichtungen von der Sch. erfüllt würden, dann sollte die Hypothek gelöscht, sonst aber auf den Betrag von 2500 Mark herabgesetzt werden. Ob A. sich zum Abschluß dieses Vergleiches für berechtigt hielten konnte oder ob diese Handlung bereits einen Rechtsbruch seitens A. darstellt, konnte nicht entschieden werden, da in dem Verhandlungstermin die Grundbucheintragungen vorgelegt und auch die Verpfändung er wähnt worden war. Frau Sch. trat wegen Verlusts des Gasthauses mit dem Gaithof Lehmann in Unterhandlung. L. übernahm auch am 1. Juli 1896 den Gaithof. Bei L. ging das Geschäft wahrscheinlich auch nicht nach Wunsch, denn der Kaufvertrag kam nicht zur Ausführung und das Grundstück wurde zwangsläufig versteigert. Die Hypotheken A.s sind dabei ausgefallen. Während A. das Restaurant in der Poststraße betrieb, kam er in Geldverlegenheit. Er erschien aus diesem Grunde ausgangs September 1896, bevor das Grundstück versteigert wurde, den L. ihm aus den übernommenen Zahlungsverpflichtungen 1000 Mark zu zahlen. L. hatte davon Kenntnis, daß die Hypotheken A.s verpfändet waren und lehnte aus diesem Grunde die Zahlung ab. A. sandte darauf am 26. November 1896 an L. einen Brief, in dem er bemerkte: nachdem er mit dem Hypothekengläubiger Absprache genommen, könne er das Geld geben. L. zahlte 1000 Mark in bar und Wechsel. Später stellte sich heraus, daß er gefälscht worden war, denn P. wußte von dieser Sache kein Wort. A. wechselte in seinem Restaurant das Lagerbier und wurde dadurch die von P. entliehenen 5000 Mark vertragsmäßig sofort fällig. Er wurde von P. verklagt und durch Verschämtheitsurteil zur Zahlung verurteilt. Infolgedessen wurde ihm das Restaurationsmobilat geplündert und der Restaurationsbetrieb unmöglich gemacht. A. der am 17. Januar d. J. wegen Betrugs zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist, die Strafe aber noch nicht verbüßt hat, macht geltend, daß er nicht die Absicht gehabt habe, L. zu schädigen, denn P. sei für die 5000 Mark durch das Juwelen im Gaithof Gräfelfeld, das noch sein Eigentum war, völlig bedekt gewesen. Der Brauereibesitzer L. habe sein Versprechen, ihm 5000 Mark zu leihen, nicht gehalten und nur dadurch sei er verhindert worden, A. das Geld zurückzugeben. Nach eingehender Beweisaufnahme erkannte das Gericht auf Freisprechung.

Weiter führt Nedner aus, daß sämtliche Parteien fast immer einig sind, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, weil sie durch dieselbe ihre wirtschaftlichen Interessen gefährdet sehen. Der Aufruf zur Sammlungspolitik richtet sich mit gegen unsere Partei. Natürlich in Sachen ist uns für die Reichstagswahl ein schwerer Kampf angeläufigt. Die gesetzten Waffen passen den Kartellbildern nicht mehr, sie wollen den Knüppel. Selbst zu sehr, rufen sie nach Politik und Ausnahmegesetzen und nach der Abschaffung des Wahl- und Vereinsrechtes. Es wird deshalb bei diesen Wahlen ein Kampf geführt werden, wie er nie vorher stattgefunden hat. Zum Schluss fordert Nedner auf, die bevorstehenden Wahlen auszunutzen, daß die Macht der befreundeten Klassen gebrochen und der Einfluß der Arbeiterkraft gestärkt wird. Reicher Beifall wurde dem Referenten für den interessanten Vortrag gezollt. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende gab den Anwohnen Rückschluß über die Vereinbartheit. In den alle 14 Tage stattfindenden Versammlungen und durch Benutzung der reichhaltigen Bibliothek kann jeder sein Wissen erweitern und dadurch besser für die Partei agieren. Der bisherige Kandidat des 18. Wahlkreises, Genosse Geyer, müsse mit überwältigender Majorität wieder gewählt werden. Ferner fordert er die Anwesenden auf, soweit es noch nicht geschehen, eine Zeitung zu abonnieren, die die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertritt, das ist die Leipziger Volkszeitung. Eine recht zahlreiche Beteiligung ist zur Wahlserfer erwünscht, bei der der Abgeordnete Singer die Festrede hält. Von den Schriften zur Bekämpfung der Unionsverbündnis und zur Kenntnis der Verschaffungsgezege sind noch Exemplare zum Selbstkostenpreis (alle drei für 20 Pf.) zu haben. Ihre Anschaffung ist sehr zu empfehlen. Eine Anfrage bezüglich der Einheitschule kann, als nicht zur Tagesordnung gehörig, nicht besprochen werden. Es soll in nächster Versammlung geziichtet. Hierauf erfolgt um 12 Uhr Schluss der Versammlung, in der eine Anzahl neuer Mitglieder dem Verein beitreten sind.

Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter bildeten am Sonntag den 17. April im Saale der Flora, Windmühlenstraße, eine öffentliche Versammlung ab, mit der Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage resp. Bericht des Agitationsteams; 2. Wahl des Vertrauensmannes; 3. Bericht über die Losalkasse sowie Wahl des Vertrauensmannes und weiter Revisoren hierzu; 4. Colportage betreffend; 5. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt nahm Kollege Bachhoff als Berichterstatter des Agitationsteams das Wort und berührte ungeschickt folgendes aus: Abgehalten wurden in der Zeit vom 8.–17. April 10 Versammlungen, auch wurden 1000 Flugblätter verbreitet. Die Versammlungen waren im Durchschnitt, soweit sie überhaupt abgehalten werden konnten, schlecht besucht. Am besten noch waren Besuch die Versammlungen in Mockau, Lindenau und Wahren, am schlechtesten die in Connewitz und Südstadt. Diese beiden Versammlungen wurden nicht abgehalten. Resultate von den Bauten gingen 80 Stück ein. Danach waren organisiert 800, unorganisiert 205 Mann. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich 10½ Stunden. Bei Paul Beckendorf, Kleinschöner, wird die 8-stündige Arbeitszeit noch eingehalten, dagegen wird bei Breunig und Architekt Fischer in Lindenau noch 10 Stunden gearbeitet. Stundenlohn wird bezahlt bei Hoffmann für Steinsecker-Hilfsarbeiter 30 Pf., für Erbärtler 33 Pf., Miete (Gas- und Wasseranlagen), Schöbel Döllig und Gustav Glauch für Erbärtler 35 Pf. pro Stunde; ferner bei 9 Kleinstern 35–38 Pf., 18 Unternehmer bezahlen 38 Pf., 8 Unternehmer 30–40, 18 Unternehmer 40–43 und 2 Unternehmer 48–45 Pf. Hierauf tabelle Kollege Bachhoff die schlechte Beteiligung bei Herbeischaffung der Resultate. Es hätte viel mehr Material eingeschenkt müssen, um einen definitiven Beschluss fassen zu können. Nachdem noch zwei Kollegen zum Bericht gesprochen hatten, ging man zum 2. Punkt über. Da der bisherige Vertrauensmann das Amt nicht wieder annimmt, wird Kollege Löper als Vertrauensmann gewählt. Beim 3. Punkt behält der bisherige Vertrauensmann der Losalkasse seinen Posten weiter. Als Revisoren wurden die Kollegen E. Müller und Fuchs gewählt. Beim 4. Punkt, Colportage betreffend, sah sich der Vorsitzende gezwungen, wegen allzu großer Unruhe, die da herrschte, die Versammlung aufzulösen.

Vereine und Versammlungen.

Der Arbeiterverein Thonberg und Neurendnitz hielt am Sonnabend den 16. April eine öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Genossen Geyer über die Parteien im deutschen Reichstage; 2. Parteiangelegenheiten; 3. Diskussion. Zunächst wies der Vorsitzende auf den Nutzen der Organisation für die bevorstehende Wahlbewegung hin und erfuhr, den Verein durch zahlreiche Beteiligung in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Hierauf ergreift Genosse Geyer das Wort. Er schildert die Berlinsplitterung in den verschiedenen Interessengruppen und die Särtung und Steckung der Parteien zu einander. Besonders eingehend behandelt er den Entwicklungsgang des Centrums von der Kulturmarschperiode bis zu seinem Friedensschluß mit der Regierung. Durch den Friedensschluß geht es seinen oppositionellen Standpunkt auf und wird Regierungspartei. Nunmehr sind nur die drei freikirchlichen Gruppen als bürgerliche Opposition zu betrachten.

C. Hammer
Uhrenhandlung
Wintergartenstr. 15
am Kristallpalast.



Wecker
mit Absteller
Mk. 2.50.
2 Jahre Garantie.

Leser dieser Zeitung 10 Prozent Rabatt.

Regulateure
mit Schlagwerk
von Mk. 10.00 an.
2 Jahre Garantie.

Taschenuhren
in großer Auswahl.
Cylind.-Remont.
mit Goldrand
Mark 10.00.
2 Jahre Garantie.

Reparaturen:

Neue Feder einsetzen	1 Mt.
Neues Uhrglas	10 Pf.
Neuer Uhrzeiger	10 "
Neuer Uhrring	10 "
Neuer Uhrschlüssel	5 "
Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.	

Emil Böhme

Schirm-Fabrik
Theaterplatz Nr. 1
gegenüber dem Alten Theater

Reudnitz, Wurzener Str. 13
empfiehlt Regen- u. Sonnenschirme von ein-
fachster bis höchster Reueit sowie Spazierstäbe
zu staunend billigen Preisen. [8267]

Einen großen Posten
Kleiderschränke, Küchen-
schränke, Kommoden,
Bettstellen, Matratzen,
Vertilos, Sofas,
Divans, Kinderwagen
geben einzeln mit kleiner Anzahl-
lung und wöchentlicher Abzah-
lung von 1 Mt. an ab

N. Fuchs

Kurprinzstraße 13, 1. Et.



Edmund Störzner
Plagwitz, Zschotchesche Str. 20
empfiehlt sein großes Lager in
Fahrrädern feinster Marken
Stetige Bedienung. [8225]

Tapeten

in großer Auswahl zu billig. Preisen
empfiehlt [2481]

Ernst Voigt, Tauchaer Str. 10.

Passend f. Brautleute

U. Familien. Groß. Posten Schränke,
Vertilos, Spiegel, Bilderrahmen, Sofas, Matratzen
et cetera billig zu verkaufen
Hospitalstrasse 2, part.



Billigste Bezugsquelle!

selbst von Fabrikanten zu außerordentlich billigen Preisen.

Reform-Kinderwagen Mk. 13.—

Reisekörbe 2.75

Tragkörbe 2.50

Leiterwagen 3.

Kinderkörbe 2.75

Gebrauchte Kinderwagen werden in eigener Werkstatt
elegant vorgerichtet. [8119]

Hauptgeschäft: Rennitz, Senefelderstr. 1
Filiale: Sellerhausen, Wurzener Strasse 59

Moritz Winkler.

Feste Preise.

Des Konfirmanden Stolz.

Stolz fühlt sich jeder Konfirmand
In seinem schmalen Festgewand,
Sein Auge leuchtet ob der Pracht,
Mit der er nun Freude macht.
Allein, damit er dies auch kann,
Kommt's unbedingt doch darauf an,
Dass auch sein Konfirmandenkleid
Ein Meister ist von Schnelligkeit.
Dies zu erreichen ist auf Ehr'
In Leipzig heute gar nicht schwer,
Man muß den Krammel nur verstehen,
Zur „Goldnen 24“ gehn.

Ein Freibillet

für das Kristall-Palais-Varieté erhält jeder
Räuber selbst beim kleinsten Einkauf.

Burschen-Künzige	W. 5 6 7½ 9 10 u. höher
Burschen-Künz., w. n. Wach gearb., "	12 13½ 15 17 20 u. höher
Herren-Künzige, gut gearbeitet	7½ 9 12 15 17 u. höher
Herren-Künzige, s. Nouveauiss	10 21 24 28 32 u. höher
Herren-Paletoth, in allen Farben	7½ 9 11½ 14 17 u. höher
Herren-Paletoth, elegant	10½ 21 28 26 29 u. höher
Herren-Hosen, sehr halbar	1½ 2 2½ 3 4 u. höher
Herren-Hosen, hochsein	5½ 7 9 10 12 u. höher
Herren-Jackts, 1. u. 2. reihig	4 6½ 8 10 18 u. höher
Herren-Mäntel, solid	8 10 11½ 14 16 u. höher
Knaben-Künzige, alte Fagots	1½ 3 4 5½ 7 u. höher

Größte, billigste und reelleste Einkaufsquellen.
Georg Simon zur [8717]

, Goldnen 24"

1. Etage, 24 Grimmaische Straße 24, 1. Etage.

Frank-Verleih-Institut.

Während der Messe auch Sonntags geöffnet.

Was sagt der Volksmund? Es ist überraschend

und doch so begreiflich, wie schnell es dem Kreditkasse J. Jttmann gelang, zu seiner heutigen Popularität zu gelangen! Wohl war es vorauszusehen, daß es vermöge seines ihm vorangehenden Renommées alle anderen Geschäftes ähnlicher Art verdunkeln wird, aber auch gleichzeitig die Reihung des Publikums darunter zu gewinnen, ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Manche, die bis dato selbst auf die Vorteile des reellen Kreditverkehrs verzichteten, wünschten sich bei der Gründung des hiesigen Geschäftes am Johannisplatz 4-5, I. Et., eingestehen,

Es wirkt verblüffend

ein derartig angelegtes Unternehmen. Ihr Mißtrauen, mit dem sie den sogenannten Abzahlungsgeschäften gegenüberstanden, schwand, als es ihnen klar wurde, daß man das Kreditkasse Jttmann nicht mit schlechtweg benannten Abzahlungsgeschäften auch nur vergleichen könne. Nicht im blinden Vertrauen, sondern im ehrlichen Verständnis des Publikums ist also der Erfolg zu suchen. Es ist ein erfreuliches Bewußtsein für die Firmen, die Grundlagen ihres wirtschaftlichen Unternehmens in die Worte zusammengefaßt zu sehen.

Es ist beispiellos

in Größe, Ausanz und Fortschritt. Das Großunternehmen wird vom Jahre 1875 von dem Prinzip gefeuert, eine dem wirtschaftlichen Leben entsprechende Institution zu schaffen, wo es jedermann möglichst sein soll, sich im Rahmen seines Einkommens seine Bedürfnisse auf **bequeme Abzahlung ohne Uebervorteilung** zu decken. Und vornemlich dadurch, daß es sich im Gegenjahr zu anderen Geschäften nicht schonte, manigfache Nebelstände im Kreditwesen in ihrer wahren Gestalt zu beleuchten, errang es das Vertrauen des Publikums. Niemand wird sich verschämen können,

Es wirkt aufklärend

wo andere bemüht sind, dem Publikum den leiseren Einblick zu verwehren, indem sie sich hinter unkontrollierbaren Anpreisungen verstecken. Das Kreditkasse J. Jttmann, Johannisplatz 4-5, I. Et., stellt es jedermann anheim, sich zu vergewissern, daß seine Ausführungen auf Thatsachen beruhen. 15 Geschäfte in den größten Städten Deutschlands ermöglichen es durch den nachweisbaren Waffenkontakt, der naturgemäß hiermit verbundenen Willigkeit, sich einzig und allein als „das größte und leistungsfähigste Kreditkasse zu bezeichnen“, ein Ausdruck, der von manigfacher Seite zur Erfüllung des Publikums benutzt wird. Dem weniger leichtgläubigen Publikum ist es längst zur Gewissheit

Es ist unleugbar

dass das Kreditkasse J. Jttmann ohne Konkurrenz dosieht, indem Geschäfte ähnlicher Art doch nur Nachahmungswerke, dieses Großunternehmens sind. Im Interesse der vertrauensseligen Kreise erscheint es für geboten, mit Nachdruck darauf zu verweisen, „wer Jttmann ist“, und sie werden zweifelsohne in nicht zu ferner Zeit gleich jenen vielen Ausstellungen zu der Überzeugung gelangen: „das Kreditkasse J. Jttmann, Johannisplatz 4-5, I. Etage.“ Ist nämlich, ist ein thatsächlicher Befehl im wirtschaftlichen Leben,

Es wirkt erfreulich.

Während der Messe auch Sonntags geöffnet.

Schneider & Tritsow
Haushaltshandlung

Leipzig, Windmühlenstrasse 2

gegenüber der Markthalle.
Wir halten unsere vorzüglichen Gemüse-, Gras- und Blumenzonen, Blumen-
zwiebeln und Knollengewächse zu billigen Preisen bestens empfohlen.
Katalog zu Diensten. [1898]

Leipzig-Reudnitz
Wurzener Str. 7.
Filiale:
Markranstädt
a. Park.

Photogr. Atelier
R. Schenk
empfiehlt Photographien
12 Stück Visit u. 1 Kabinettbild
von Mk. 4.50 an.

Restaurant O. Sohndler } Kräftiger Mittagstisch bei musif. Unterhaltung zu 50 Pf.
Sternwartenstraße 18. } inkl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

Restaurant Kaufhalle

Zimmerstraße L.-Plagwitz Zimmerstraße.
Jeden Freitag und Sonnabend Pökel-Schweinsknochen mit Klößen und Sauerkraut. [1732]
Jeden Freitag und Sonnabend allgemeiner Skatabend.
Hochachtungsvoll Eugen Schubert.

Müller: Du, Schneider, wo gehst Du denn immer Freitags und Sonnabends hin?
Schulze: Na, wo denn anders hin als in die

Kaufhalle
L.-Plagwitz, Zimmerstraße
Kommt mir mal mit. Da giebt's Pökel-
schweinsknochen mit Klößen u. Sauerkraut, Portionen, so groß, kaum zum Auf-
essen; das ist ja schon weltbekannt und hinterher

einen gemütlichen Plat. [1874]
Müller: Drum bist Du auch jetzt so dick geworden, wie der Wirt selbst, da kommt ich auch hin.

Pantheon. — Morgen sowie alle Freitage
Ballmusik. Ergebnistabek ein. J. Munkelt.

Schuhe u. Stiefel

kaufst man reell und billig im Schuhwarenlager von

Ernst Enghardt, Rörnerstraße 13.

Medicinal-Drogerie

O. H. Erich Gutsche

Ecke Kirchstrasse 43, Ecke Raber

empfiehlt in tadelloser Qualität

Med. und technische Drogen, Farben, Chemikalien,
Lacke, Pinsel, Parfümerien, Verbandstoffe.

Artikel für Krankenpflege u. für den Haushalt.
Kolonialwaren.

Gemüse-, Blumen-, Gras- und Feldsamen

in nur bester Qualität.

Reichsfortiertes Lager

Blühender Knollen- u. Zwiebel-

Gewächse, Beerenobst.

Illustr. Kataloge gratis und franko.

Jeder Käufer erhält gratis

ein Gartenbuch.

Dasselbe enthält auf 82 engbedruckten

Seiten: Belehrungen über Boden-

bearbeitung, das richtige Düngen,

Samen, Pflanzen, Säen etc., Aussa-

aat, Anzucht, Pflege der Gemüse,

Blumen, Grashläge, Schlinge,

Einfassung, Topfpflanzen,

Zwiebeln- und Knollen-Gewächse,

Champignonzucht etc.

Es enthält einen ausführlichen monatl.

Gartenarbeitskalender, Schnittmittel

gegen die schädlichsten Pflanzenseinde

und Krankheiten etc. [1895]

Emil Doss Nachf.

Neumarkt 8.

Moritz Bergmann

Naschmarkt, Rathaus.

DasPublikum

schütze sich selbst

vor werlosen Nachahmungen durch

streites Verlangen nach

Naethers

Reform-Kinderwagen.

Georg Popp

Panorama, Rosplatz

Hauptlager.

Steter Eingang patentierter

Neuhelten inc.

Gummi-

Waren zur Gesundheitspflege

in bester Qualität bei

Frau Auguste Graf

allein noch Nikolaiste. 4.

Preisliste nur geg. Freienvort, nicht postl.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren

Koffer, Federbetten von 1 Mt. an, kaufen

man solid und billig in **P. Fleischers**

Warenhaus, Lindenau, Lindenstr. 56.

[1895]

fahrräder

hier erstklassige feinst deutsche Marken.

Herren-, Damen- u. Jug.-Maschinen.

Mäßige Preise. — Kulante Bedingungen.

F. Hünemölder, Tauch. Str.

(vls.-u.-vls. Battenberg.) [1895]

Koffer und Kisten

für Kellner, Wäbchen und Burschen in

allen Größen empfohlen

E. Karl Voigt, Seeburgstraße 8.

Während der Messe auch

8555 Rosplatz, Ecke der Königstraße.

gefördert von der

Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG